Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. V.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Febr. 193[illegible]

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das neue Agrarprogramm Schieles.

SPD. Das gestern von der Reichsregierung verabschiedete neue Agrargesetzgebungswerk wurde am Dienstag vom Reichsernährungsminister Schiele vor dem Reichstag erläutert.

Im ersten Abschnitt des 6 Abschnitte umfassenden Agrarprogramms wird der schon bekannte Reichsbestellungsplan, d.h. die weitere Einschränkung des Roggen und Haferanbaus und die Verwendung der frei gewordenen Flächen zur Ausdehnung des Weizen-, Gerste-, Feldfutter- und Hülsenfruchtbaus sowie die Ausdehnung der Grünlandwirtschaft dargelegt. Gegenüber dem Vorjahr ist durch die enorme Ueberhöhung der Weizenpreise der Roggenanbau um eine halbe Million ha eingeschränkt und dafür der Winterweizenanbau um 125 000 ha ausgedehnt worden. Durch eine weitere Treiberei der Weizenpreise (schon jetzt kostet der Zentner Weizen 6 Mark mehr als der Roggen) will man nun erreichen, dass möglichst viel von der freigewordenen Roggenfläche mit Sommerweizen bestellt wird. Denn in dem Programm steht ausdrücklich, dass durch eine entsprechende Preispolitik ein privatwirtschaftlicher Anreiz für die Produktionsumstellung geschaffen werden soll.

Der zweite Abschnitt behandelt die Absatzverhältnisse. Es ist in Aussicht genommen, zu dem Standardisierungsgesetz und zum Milchgesetz Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Auch ist in ihm von dem unmittelbar vor dem Abschluss stehenden Zusammenschluss der Zuckerindustrie die Rede. Warum diese drei Gesetze bezw. die Durchführungsbestimmungen noch einmal in dem neuen Agrarprogramm erwähnt sind, ist nicht recht ersichtlich, denn die Gesetze sind schon längst in Kraft und kein Mensch hat Herrn Schiele daran gehindert, die notwendigen Durchführungsbestimmungen zu treffen. Es wäre aber besser, anstatt andauernd von den notwendigen Verbesserungen des landwirtschaftlichen Absatzwesens, wie Standardisierung und Milchgesetz zu reden, endlich einmal etwas zu tun. Auch sollen besondere Mittel vorgesehen werden zur Förderung der Kartoffeltrocknung, zur Unterbringung der überschüssigen Zuckermengen auf dem Wege der Verfütterung und zur stärkeren Anspannung des Brennrechts. Das letztere heisst wohl Erhöhung der Beimischungsquote von Kartoffelspiritus zu Benzin, wodurch der Treibstoff verteuert und damit der Kraftwagenverkehr zum Nutzen der Schnapsbarone verteuert wird. Schliesslich ist die Milchwirtschaft nicht vergessen, denn pasteurisierte Milch soll von der Umsatzsteuer befreit werden.

Im dritten Kapitel des Agrarprogramms ist die Beeinflussung des Verbrauchs behandelt. Die Verarbeiter von Kasein, Flachs und Zichorie sollen gezwungen werden, einen bestimmten Prozentsatz deutscher Rohstoffe zu verbrauchen. Hoffentlich kommt es nicht so weit, dass man zwangsmässig jedem Kaffeetrinker Zichorienbrühe gewaltsam einflösst. Den Absatz von deutschem Kasein brauchte man durch gesetzlichen Zwang gar nicht zu beeinflussen, wenn die Produktionsmethoden verbessert würden, denn der Absatz ist nur deswegen so gering, weil deutsches Kasein gegenüber ausländischem von ausserst geringer Qualität ist. Um

den Holzabsatz zu heben, soll bei allen Bauten, die mit öffentlichen, insbesondere Hauszinssteuermitteln errichtet werden, grundsätzlich nur heimisches Holz verwandt werden.

Dass das Brotgesetz ein Fiasko ist, scheint man auch auf dem Reichsernährungsministerium eingesehen zu haben, denn die Ergebnisse einer nach Dänemark entsandten Sachverständigenkommission sollen zu einem Plan ausgearbeitet werden um den Roggenverzehr zu heben.

Der vierte Abschnitt ist der bedenklichste, denn durch ihn soll die Regierung ermächtigt werden, gleitende Zölle, die bisher nur für Getreide bestanden, für alle agrarischen Produkte, also Fleisch, Molkereiprodukte, Eier, Hülsenfrüchte und die Erzeugnisse der Forstwirtschaft einzuführen. Dieses Ermächtigungszollsystem soll sich nach Schiele bei den Getreidearten voll bewährt haben. Jedenfalls ist der Erfolg der, dass der Weizen, bei dem es sich besonders durch die Erhöhung der Zölle auf 25 Mark je dz ausgewirkt hat, jetzt bereits im Rheinland 15 Mark der Zentner kostet. Besonders bedenklich ist aber die Ausdehnung dieses Ermächtigungsgesetzes auf die Veredelungsprodukte und auf Obst und Gemüse, denn nur bei einigen dieser Waren kann die Reichsregierung die Zölle von sich aus erhöhen. Fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind in Handelsverträgen gebunden, so Obst und Gemüse in den Handelsverträgen mit Frankreich, Jugoslawien, Italien, Belgien und Holland, Käse im Handelsvertrag mit Frankreich und der Schweiz, Eier im Handelsvertrag mit Italien und Jugoslawien, Holz im Handelsvertrag mit Österreich und Schweden.

Entweder bedeutet also die Erhöhung der Zölle auf diese Waren Kündigung der Handelsverträge und Zollkrieg oder Verhandlungen mit diesen Staaten und Bewilligung von Einfuhrkontingenten. Denn sonst werden die Handelsvertragspartner kaum geneigt sein, einer Erhöhung der Zölle zuzustimmen. Eine Durchbrechung unseres gesamten Handelsvertragssystems wäre damit verbunden. Die Gefahr wird etwas vermindert dadurch, dass nicht der Reichsernährungsminister allein ermächtigt wird, die Zölle zu erhöhen, sondern dass das Reichskabinett diesen Beschluss fassen muss, so dass also auch die Industrieinteressen etwas zur Geltung kommen werden.

Im fünften Abschnitt wird die Regierung ermächtigt, das Einfuhrscheinsystem, das uns 104 Mill. Mark jährlich gekostet hat, unter Einbeziehung von Holz zu verlängern.

Im sechsten Abschnitt befasst sich das Agrarprogramm der Regierung mit besonderen Massnahmen zur Ueberwindung der Saisonschwankungen der Preise. Ob hierdurch etwas gebessert werden kann, ist sehr zweifelhaft, denn eine Regelung des Angebots kann nur durch die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Erzeuger in Genossenschaften erfolgen. Diese lässt sich aber nicht durch Gesetze erzwingen, sondern nur durch wachsende Einsicht der Landwirtschaft.

+

So weitgehende Zollermächtigungen, wie sie dies Programm vorsieht, sind in der Hand einer jeden Regierung ein gefährliches handelspolitisches Instrument. Herr Schiele hat in seiner Reichstagsrede Gedankengänge entwickelt, die mit dem bisherigen handelspolitischen Kurs des Reiches durchaus nicht übereinstimmen. Er ging so weit, dass er in seinen Ausführungen die Perspektive einer völligen Loslösung Deutschlands aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen andeutete und die Illusion vertrat, als könne Deutschland als sich selbstversorgender Staat ohne Beziehungen zum Weltmarkt existieren. Man braucht nicht anzunehmen, dass die handelspolitischen Gesichtspunkte des Herrn Schiele zugleich den Absichten des gesamten Reichskabinetts entsprechen. Immerhin ist es Herrn Schiele in den schwierigen Beratungen des Kabinetts gelungen, seine wesentlichsten Ermächtigungsforderungen durchzusetzen trotz des grossen Widerstandes, den ihnen ein Teil der Kabinettsmitglieder entgegengesetz hat. Die Ermächtigung soll dem Gesamtkabinett gegeben werden. Ob Herr Schiele im Kabinett seine Forderungen durchsetzen kann, wenn es um die Anwendung der Ermächtigung geht, das ist eine politische Tatfrage.

Welche Absichten Herr Schiele im einzelnen verfolgt und wozu er das Kabinett auf Grund der Ermächtigung glaubt gewinnen zu können, ist im Augenblick noch nicht erkennbar. DemReichstag liegt im Augenblick nur das allgemeine Ermächtigungsverlangen vor. Nach der Begründung, die Herr Schiele diesem Verlangen gegeben hat, wird es sich hier um eine Entscheidung handeln, die von grosser und entscheidender Bedeutung für die deutsche Handelspolitik wie für die deutsche Gesamtpolitik der nächsten Zeit sein wird. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass die Entscheidung des Reichstags dem Verlangendes Reichsernährungsministers sofort auf dem Fusse folgen wird. Die Beratungen im Kabinett sind zwar abgeschlossen. Aber die wichtigen und entscheidenden Beratungen im Parlament werden nun erst beginnen müssen!

SPD. Der Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen aus dem Reichstag sollte ihn sprengen. In dieser Hoffnung aber habensich beide Parteien getäuscht. Dass die Nationalsozialisten nicht zurückkehren würden, war von Anfang an sicher. Die Rückkehr der Deutschnationalen aber wurde erwartet, wenn die Fragen der Agrarpolitik und der Osthilfe zur Beratung gelangen. Damit aber kann nicht mehr gerechnet werden. Der agrarische Flügel der Deutschnationalen hat sich nicht durchzusetzen vermocht, die Richtung Hugenberg,deren Hauptziel es ist, der Regierung und der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten, hat den Sieg davon getragen. Man wird deshalb damit rechnen müssen, dass auch die Deutschnationalen in absehbarer Zeit nicht in den Reichstag zurückkehren werden.

Das Hauptmotiv für diese Haltung der Deutschnationalen ist die dadurch herbeigeführte Änderung der Kräfteverhältnisse im Reichstag. Wenn von den 577 Abgeordneten des Reichstages 151 (107 Nationalsozialisten, 41 Deutschnationale und 3 ehemalige Landvolkleute) den Verhandlungen fernbleiben, haben Sozialdemokraten und Kommunisten mit 220 Abgeordneten die Mehrheit über alle übrigen Parteien, die nur über 206 Abgeordnete verfügen. Hugenberg wünscht, dass durch diese Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die weder dem Wahlergebnis noch der Zusammensetzung der Reichsregierung entspricht, dauernd Konflikte innerhalb der Parteien und mit der Regierung hervorgerufen werden, durch die entweder die Regierung gesprengt oder die Sozialdemokraten in Schwierigkeiten gebracht werden sollen. Diese Taktik ist Hugenberg umsomehr verlockend, weil er dabei auf die Unterstützung der Kommunisten rechnet, die natürlich ihrem Agitationsbedürfnis gerade in der augenblicklichen Notzeit keine Hemmungen auferlegen wollen.

Die Beratung des Etats schreitet zwar rasch vorwärts. Bis zur endgültigen Erledigung sind jedoch noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Sie werden nicht nur beim Etat des Arbeitsministeriums auftauchen, wo die Fragen der Lohnsenkung, des Schlichtungswesens, der sozialen Leistungen und des Arbeitsrechts eine grosse Rolle spielen, sondern auch bei der von der Regierung verlangten Ermächtigung für weitere Ersparnisse, den Massnahmen zur Agrarpolitik und zur Osthilfe und besonders stark bei dem von jeher sehr heftig umstrittenen Wehretat. Der diesjährige Wehretat enthält neben der dritten Rate für das Panzerschiff A auch die erste Rate für den Panzerkreuzer B, und die Grundzüge eines auf mehrere Jahre berechneten Flottenbauprogramms.

Alle diese Probleme harren der Lösung. Zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie haben bereits in den letzten Tagen mehrfach Besprechungen stattgefunden. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag eingehend mit allen diesen Fragen.

SPD. Neurode, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht im Glatz beschäftigte sich am Dienstag mit der Beleidigungsklage des der Sozialdemokratie angehörenden Landrats Emil Schubert-Neurode, jetzt kommissarischer Oberbürgermeister von Waldenburg, gegen den Bürogehilfen Alfred Gersch, Nationalsozialist aus Kunzendorf bei Neurode. Das Gericht verurteilte Gersch zu 100 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis. Ihm wurde seine Jugend zugute gehalten und der Einfluss des Alkohols, unter dem er seine beleidigenden Äusserungen gemacht haben will.

Der Angeklagte hatte den Landrat öffentlich beschuldigt, Gelder des Kreises zur Unterstützung des Reichsbanners verwandt zu haben, die Aufwartefrau des Landrats soll aus Kreisgeldern bezahlt worden sein und ebenso soll Schubert 3 000 Mark Hauszinssteuergelder dazu verwandt haben, um die Stimme eines Zentrumsmannes bei der Kreisausschusswahl für die Sozialdemokratische Partei zu kaufen. Für alle Vorwürfe liess sich nicht der Schatten eines Beweises erbringen. Mit Recht stellte der Vertreter des Nebenklägers fest, dass niemals ein Wahrheitsbeweis so kläglich misslungen sei wie der heutige.

SPD. Stuttgart, 24.Februar (Eig.Drahtb.

Im württembergischen Landtag hatten die Kommunisten zwei Anträge eingebracht, von denen der eine die sofortige Haftentlassung der Ärzte Friedrich Wolff und Frau Jacobowitz-Kienle, der andere die sofortige Entlassung aller Arbeiter forderte, die bei Zusammenstössen mit Nationalsozialisten verhaftet worden sind. Da das Zentrum gegen diese Anträge Widerspruch erhob, weil sie einen nach der Verfassung unzulässlichen Eingriff in die Rechtsprechung darstellten, konnten sie nicht auf die Tagesordnung gestellt werden.

SPD. Stuttgart, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Karl Foerstner, der Führer der kommunistischen "Arbeiterwehr" in Cannstadt, wurde vom Stuttgarter Schwurgericht wegen Totschlages zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in der Nacht vom 5. zum 6.Dezember den Hausmeister Stumpp von der Realschule Cannstadt mit zwei Faustschlägen an den Kopf so heftig zu Boden geschlagen, dass der Tod auf der Stelle eintrat.Stumpp war dem Foerstner und seinen Begleitern entgegengetreten, als sie Plakate am Schulhaus ankleben wollten. Foerstner erwies sich in der Verhandlung aus ein Mann, der wegen Diebstahl, Körperverletzung und Nötigung schon schwere Strafen erlitten hat. Der Gerichtsarzt bezeichnete ihn aus einen brutalen und zu schweren Zornesausbrüchen geneigten Menschen. Und einem solchen Mann übertrugen die Kommunisten die Führung ihrer "Arbeiterwehr"!

SPD. Stockholm, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Auch Europas nördlichstem Staat, Island, sind wirtschaftliche Krisenerscheinungen im vergangenen Jahre nicht erspart geblieben. Nach hier eingelaufenen Konsulatsberichten ist der isländische Aussenhandelsumsatz im Jahre 1930 um 16,4 Millionen Kronen geringer gewesen als im Jahre 1929. Namentlich die Einfuhr ist stark gefallen, nämlich von 69,4 Millionen Kronen im Jahre 1929 auf 57 Millionen Kronen im verflossenen Jahre. Die Einfuhr erreichte einen Wert von 70 Millionen Kronen (im Vorjahre 66 Millionen Kronen).

SPD. Stuttgart, 24.Februar (Eig.Drahtb)

Das Abflauen der nationalsozialistischen Welle ist besonders deutlich in der Versammlung zu beobachten gewesen, die am Montag abend in Stuttgart in der Stadthalle stattfand. Die Reklame für diese Kundgebung, auf der Herr Frank II aus München sprach, ist so marktschreierisch wie möglich gewesen. Dennoch war die Stadthalle nur halbvoll, was nach dem Bericht des Zentrumsblattes einen geradezu peinlichen Eindruck für eine Bewegung machte, die im unmittelbaren Vormarsch zu sein behauptet. Die nationalsozialistische Demagogie beginnt das Publikum zu langweilen.

Von grösserem politischen Interesse waren nur zwei Äusserungen des Redner. Zunächst eine Äusserung über den Ulmer Reichswehrprozess, die es verdient, im Reichswehrministerium und an einer noch höheren Stelle beobachtet zu werden. Der Prozess habe, so meinte Frank II, bewiesen, dass die Reichswehr nur noch eine einzige nationalsozialistische Zelle sei. Herrn Groener könne er nur raten, in der Reichswehr "Groenerzellen" zu gründen, wenn er wenigstens noch einigermassen Anklang finden wolle. Wenn er, Frank II, der Ulmer Oberst gewesen wäre, dem der Befehl zur Verhaftung der beiden Offiziere übergeben worden war, so hätte er geantwortet: "Wenn der Herr Reichspräsident als Oberstkommandierender der Reichswehr verlangt, dass sich die beiden besten Offiziere wie gemeine Verbrecher verschleppen lassen sollen, dann habe ich in einem Heer mit einem solchen Oberstkommandierenden nichts mehr zu schaffen." Diese Tonart gegenüber dem Reichspräsidenten war das Bemerkenswerteste an der Frank'schen Rede.

Er lüftete aber auch den Schleier von dem aussenpolitischen Programm eine zukünftigen nationalsozialistischen Kabinetts. Er richtete an die Adresse Italiens eine glühende Freundschaftserklärung und fuhr dann fort: "Wenn Italien ein Interesse daran hat, die Auseinandersetzung mit Frankreich, die einmal kommen muss, herbeizuführen, dann könnten unter Umständen auch deutsche Hilfstruppen zur Verfügung stehen." Also ein neuer europäischer Krieg ist der nationalsozialistischen Weisheit letzter Schluss und nicht einmal ein deutscher Freiheitskrieg, sondern ein Krieg zugunsten des italienischen Imperialismus. Dafür sollen dann deutsche Volksgenossen ihre Haut zu Markte tragen!

SPD. Prag, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Das Wahlgericht hat heute den Abgeordneten Pergler, Mitglied der drei Abgeordnete zählenden faschistischen Liga seines Mandats für verlustig erklärt, da er als amerikanischer Tscheche seine tschechische Staatsbürgerschaft nicht einwandfrei nachweisen konnte.

SPD. Der Ausschuss für den Reichshaushalt setzte am Dienstag die Einzelberatung über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Abg. Löwenstein (Soz) verlangt, dass das Innenministerium nicht nur in Fragen der Wissenschaft, sondern auch in Fragen der allgemeinen Volksbildung, Erziehung und Schulung einer Reichskulturpolitik auf weite Sicht die Wege ebnet. Dazu gehört in erster Linie, dass das gesamte Schulwesen aus seiner kostspieligen Verzettelung zur Vereinheitlichung, Vereinfachung und sozialen Gestaltung geführt wird. Es müsse ernsthaft die allgemeine Berufsschulpflicht durchgeführt werden, und die Monopolstellung der Berechtigung der höheren und Mittelschulen dadurch gebrochen werden, dass auch Berufs- und Fachschulen entsprechende Berechtigung bekommen. Das Ministerium müsse sich an die Vorbereitung des 9.Schuljahres machen.

Der Titel wurde genehmigt. Gleichzeitig wurden dazu Entschliessungen der Sozialdemokraten angenommen, die die Reichsregierung ersuchen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das einheitliche Grundsätze für die Durchführung der

Berufsschulpflicht aufstellen soll, auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch Vereinbarung mit den Ländern eine Vereinfachung, Vereinheitlichung und soziale Gestaltung des Schulwesens, insbesondere des höheren Schulwesens herbeizuführen, durch Vorlage eines Gesetzes oder Vereinbarung mit den Ländern den Berufs- und Fachschulen entsprechende Berechtigungen wie den höheren und Mittelschulen zu gewähren, und dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das die allgemeine Schulpflicht um ein Jahr erweitert, Für das erweiterte Schuljahr sollen reichseinheitliche Grundsätze über die Ausgestaltung dieses Schuljahres im Sinne einer Berufsvorbereitung aufgestellt werden.

Eine angenommene Zentrums-Entschliessung ersucht die Reichsregierung, die Verhandlungen mit den Ländern und Wirtschaftsorganisationen fortzusetzen, um eine Verringerung des Zustromes zu den Mittel- und Hochschulen zu erreichen, im besonderen eine wirksame Reform des Berechtigungswesens und eine schärfere Auslese anzustreben und sodann dem Reichstag zu berichten.

Eine weitere sozialdemokratische Entschliessung, die angenommen wurde, ersucht die Reichsregierung, die Neuordnung der Laufbahnbestimmungen für Beamte im Sinne eines Abbaues des Berechtigungswesens und mit dem Ziele einer möglichst einheitlichen Regelung für die Beamten aller Verwaltungszweige beschleunigt durchzuführen. Bewilligt wurden dann neunhunderttausend Mark für Erziehungsbeihilfen.

Die Position zur Förderung der Leibesübungen wurde bewilligt.

Beim Kapitel Gesundheitswesen machte Reichsinnenminister Dr. Wirth zur Frage der Krebsbekämpfung längere Ausführungen.

Es folgte eine längere Aussprache über den Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der mit dem Alkoholismus zusammenhängenden Gesundheitsschäden. Dieser Fonds ist im Haushaltsplan des Reichsministeriums des Innern im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs von einer Million Reichsmark auf 800 000 RM gekürzt worden. Abstimmungen über diesen Fonds sollen erst in der Abendsitzung stattfinden.

SPD. Der Reichstagsausschuss für die Strafrechtsreform behandelte den dritten und vierten Abschnitt des neuen Strafgesetzbuches.

Der dritte Abschnitt hat zum Inhalt die Angriffe gegen die republikanische Staatsform und gegen verfassungsmässige Körperschaften. Nach Ansicht der Mehrheit des Ausschusses soll sowohl den Trägern der Regierungsgewalt in ihrer Gesamtheit wie auch in ihren einzelnen Mitgliedern die freie Ausübung ihrer Befugnisse gegen Angriffe gesichert werden, die an der Grenze des Hochverrats liegen. In der Aussprache wurde betont, dass ein kräftiger Schutz bei der jetzt leider eingetretenen Verrohung politischer Polemik umso nötiger sei. Es komme hinzu, dass infolge des Ueberganges zum parlamentarischen System die Regierungen mit dengesetzgebenden Versammlungen weit enger verbunden sind als früher und die Mitglieder der Regierungen zum grossen Teil den gesetzgebenden Versammlungen angehören oder doch aus ihnen hervorgehen; ein Schutz der Regierungen und ihrer Mitglieder bedeute jetzt mittelbar einen Schutz der gesetzgebenden Versammlungen selbst. Weiter falle ins Gewicht, dass die Regierungen der Länder deren Staatsgewalt repräsentieren, sodass für ihren Schutz ähnliche Erwägungen sprechen wie für den Schutz der Mitglieder der Reichsregierung. Die Strafbestimmungen richten sich in der Hauptsache gegen Beschimpfungen oder Verleumdungen. Der Ausdruck "Beschimpfung" umfasst jede Kundgebung, die einen nach Form oder Inhalt rohen Ausdruck der Missachtung enthält. Mit Gefängnis wird bestraft, wer öffentlich die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform beschimpft.

Der vierte Abschnitt des neuen Strafgesetzbuchs enthält die Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen. Besonders aktuell erscheint der Paragraph, der den Wahlverruf bestraft, d.h. es wird derjenige bestraft, der einen anderen wegen der Ausübung des Wahl- und Stimmrechtes den wirtschaftlichen oder gesellschaft-

lichen Verruf erklärt. Nach Ansicht der Mehrheit des Ausschusses erschien die Bestrafung auch dann geboten, wenn jemand ohne vorherige Drohung nach der Wahl wirtschaftlich oder gesellschaftlich Nachteile durch Verrufserklärung bereitet werden.

Der Ausschuss nahm die Abschnitte, die die Angriffe gegen die republikanische Staatsform, die Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen und die Störung der Beziehungen zum Ausland betreffen im Wesentlichen in der Fassung der Vorlage an

---

SPD. Der Vorstand des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem nationalsozialistischen Antrag, dem gesamten Personal des Reichstags für die Nachtsitzung vom 9. zum 10.Februar eine Entschädigung von je 15 Mark zu gewähren. Der Präsident teilte mit, dass der Antrag sich dadurch erledigt habe, dass der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrat auf eine besondere Entschädigung verzichtet habe, da die den einzelnen erwachsenen besonderen Kosten wie für Nachtfahrt usw. bereits ersetzt worden seien.

SPD. Das Preussische Staatsministerium wurde in einem von der Fraktion der Deutschen Staatspartei im Landtag eingebrachten Antrag ersucht, Mitteilung zu machen über die polizeilichen Ermittlungen wegen der Strassenkrawalle anlässlich der Reichstagseröffnung. In Beantwortung dieses Antrages teilt der Preussische Innenminister nunmehr folgendes mit: "Als Teilnehmer an den aus Anlass der Reichstagseröffnung am 13.Oktober 1930 erfolgten Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt, die auf ein planmässiges Vorgehen nationalsozialistischer Elemente zurückzuführen sind, wurden insgesamt 103 Personen zwangsgestellt, unter denen sich 39 Mitglieder der NSDAP, 58 Personen, die nach ihren eigenen Angaben mit der NSDAP sympathisieren, zwei Mitglieder des Stahlhelms, ein Mitglied der Roten Hilfe und drei Mitglieder der linken Parteien befanden. Von den Tätern ist bisher ein Steinwerfer ermittelt und abgeurteilt worden. Er war Mitglied der NSDAP. Der Polizeipräsident in Berlin hat Anweisung erhalten, die Ermittlungen mit allem Nachdruck fortzusetzen. Dem Zwecke der restlosen Aufklärung dient auch die auf meine Veranlassung erfolgte Auslobung von 5000 RM für wichtige Mitteilungen aus der Bevölkerung. Das Staatsministerium hat alle Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung solcher Ausschreitungen, die sich als Folgeerscheinung der hemmungslosen Hetze der rechtsradikalen Parteien und Organisationen darstellen, zu verhindern. Es rechnet dabei auf die Unterstützung aller Bevölkerungsschichten, die nicht gewillt sind, die mühsame, ruhige und stetige Aufwärtsentwicklung Deutschlands durch unverantwortliche, eines Kulturvolkes unwürdige Ausschreitungen stören zu lassen."

SPD. Die schweren Angriffe des aktiven Reichsgerichtsrats Dr. Georg Müller gegen preussische Richter, die Müller im Zusammenhang mit seiner zustimmenden Kritik des Moritz'schen Pamphlets "Gefesselte Justiz" im "Völkischen Beobachter" erhoben hat, haben den preussischen Justizminister Dr. Schmidt zu einem energischen Vorgehen veranlasst. Der preussische Justizminister hat sich an den Staatssekretär Dr. Joel, den stellvertretenden Reichsjustizminister, gewandt und diesen um ein Einschreiten gegen den Reichsgerichtsrat Georg Müller gebeten. Das Schreiben des Justizministers, das wegen seiner Bedeutung dem preussischen Richterverein und dem Republikanischen Richterbund mitgeteilt worden ist, lautet :

"Der in anliegendem Zeitungsausschnitt wiedergegebene Brief (des Reichsgerichtsrats Müller im "Völkischen Beobachter"), der auch in der Plenarsitzung

des Reichstags am 14.Februar 1931 erwähnt worden ist, enthält schwerste Verunglimpfungen der preussischen Justizbehörden. Der Brief ist wiederum von dem Reichsgerichtsrat Georg Müller verfasst, auf den ich bereits in meinem Schreiben vom 2.September 1926 die dortige Aufmerksamkeit zu lenken Veranlassung hatte." (Anmerkung: Schon damals hatte Reichsgerichtsrat Müller im Zusammenhang mit der Affäre Kölling-Hoffmann Angriffe gegen Justiz und Verwaltung gerichtet, obwohl gegen Kölling damals schon ein Verfahren wegen seiner falschen Behandlung der Sache Haas eingeleitet worden war).

"Vorbehaltlich meiner eigenen etwa zu ergreifenden Schritte wäre ich für eine gefl. baldige Mitteilung dankbar, ob und gegebenenfalls zu welchen Massnahmen gegen den Verfasser das genannte Schreiben Ihnen Anlass gegeben hat.

Mit Rücksicht auf die Verbreitung, die der Brief des Reichsgerichtsrats Dr. Müller durch Abdruck in der Presse gefunden und in Anbetracht der Erregung, die er in den Kreisen der mir unterstellten Beamtenschaft ausgelöst hat, habe ich geglaubt, eine Abschrift meines vorliegenden Schreibens den richterlichen Standesorganisationen zur Kenntnisnahme übersenden zu sollen."

Ausser diesem Appell an den Reichsjustizminister hat der preussische Justizminister auch Reichsgerichtsrat Linz, denVorsitzenden des Deutschen Richterbundes, in einem Schreiben gebeten, der Deutsche Richterbund möge doch "das Schreiben des Reichsgerichtsrats Müller nach Form und Inhalt gebührend würdigen und seine Anwürfe gegen die preussischen Justizbehörden nachdrücklichst zurückweisen." Man darf gespannt sein, welche Schritte Reichsgerichtsrat Linz gegen seinen Kollegen Müller vom Reichsgericht ergreifen wird.

SPD. In der Reichstagssitzung vom 5.Februar hat Herr Dr. Goebbels als Redner der Nationalsozialistischen Fraktion folgendes ausgeführt: "Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht die Absicht, unter diesem Regiment aus ihrer sturen, eigensinnigen und trotzigen Oppositionsstellung herauszugehen." Vor einigen Tagen ist das gedruckte Stenogramm über diese Sitzung erschienen. Mit Erstaunen stellt man fest, dass Herr Dr. Goebbels das "sture" und "eigensinnige" gestrichen hat, so dass nur noch die "trotzige" Opposition übrig geblieben ist. Das ist ein neues Beispiel dafür, wie die Hakenkreuzler sich nachträglich herauszulügen suchen, wenn sie auf einer Dummheit ertappt werden. Oder sind Herrn Dr. Goebbels etwa Bedenken gekommen, durch den Gebrauch des Ausdrucks "stur" in zu enge Verwandtschaft zu dem "sturen" Hugenberg gebracht zu werden?

SPD. Paris, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Die französisch-englischen Flottenverhandlungen, die durch die Reise des Aussenministers Henderson und des ersten Lords der Admiralität nach Paris einen starken Anstoss erfahren haben, stehen unmittelbar vor dem Abschluss. AmDienstag-Vormittag verhandelten nur noch die Marinesachverständigen der beiden Länder, ein Beweis dafür, dass man sich bis auf einige technische Details einig geworden ist. Nach einem eiligen Frühstück am Quai d'Orsay traten die Sachverständigen erneut zu einer Sitzung zusammen, während Briand und Henderson noch einige Augenblicke in intimer Aussprache beieinander blieben. Kurz vor fünf Uhr begann in der englischen Botschaft die als abschliessend angekündigte Vollsitzung aller Verhandlungsteilnehmer. Henderson und Alexander sind am Dienstag-Abend wieder nach London zurückgereist.

Der Kampf der letzten Stunde drehte sich, wie schon berichtet, in der Hauptsache um drei Punkte: Die Engländer versuchten die bereits auf 640 000 Tonnen herabgeschraubte Gesamttonnage der französischen Flotte noch um 10 - 20 000 Tonnen zu vermindern. Auch verlangtensie, dass Frankreich für die Herabsetzung seiner U-Bootflotte von 98 000 Tonnen auf rund 60 000 Tonnen sich

keinen Ersatz in Torpedobooten und leichten Zerstörern zu schaffen suche. Endlich forderten sie den Verzicht auf den Bau des für dieses Jahr schon bewilligten 23 000 Tonnen-Panzerkreuzers.

Im übrigen aber hat man sich vor allem darüber geeinigt, dass Frankreich jetzt dem Londoner Flottenabkommen beitritt, allerdings unter der ausdrücklich Berufung auf eine Garantieklausel, die ihm gestatten soll, seine Seerüstungen zu erhöhen falls Italien versuchen würde, die jetzt noch bestehende Spanne von 150 000 Tonnen zwischen beiden Flotten zu vermindern. Italien scheint über die Pariser Verhandlungen nicht direkt auf dem Laufenden gehalten worden zu sein. Trotzdem glauben die englischen Unterhändler versichern zu können, dass es sich damit einverstanden erklären dürfte.

Was nun aber die englischen Gegenleistungen angeht, wie sie Frankreich aus seinen Konzessionen in der Seeabrüstung erhofft hatte, so scheint man in Paris wieder einmal die Rechnung etwas voreilig gemacht zu haben. Wie verlautet sollen sich die englischen Unterhändler recht unzugänglich gezeigt haben. Sie sollen sogar erklärt haben, dass Frankreich ihnen im Gegenteil dankbar sein müsste, weil es der englischen Vermittlung gelungen sei, den Flottenstreit mit Italien aus der Welt zu schaffen.

SPD. Paris, 24.Februar (Eig.Drahtb)

Nach langen und ausdauernden Nachtsitzungen ist man am Dienstag in der französischen Kammer bei der Diskussion des Kriegsbudgets angelangt. Schon bei dem Kommissionsbericht, der von dem Abg. Bouilloux-Lafont erstattet wurde, kam es zu schweren Zwischenfällen. Hauptsächlich der sozialistische Abg. Chousset unterbrach den Redner immer wieder durch empörte Zwischenrufe, wobei sich die gesamte Linke der Forderung nach Herabsetzung der enormen Kriegsausgaben anschloss.

Bouilloux-Lafont begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass heute die Sorge der Landesverteidigung grösser sein müsse denn je. Denn Deutschland hätte den Versailler Vertrag sehr gut gelesen und kein Mittel ungenützt gelassen, das seiner Landesverteidigung zugute kommen könnte. Frankreich verfüge nur noch über die Hälfte des stehenden Heeres von 1914, während die Kriegsausgaben um rund 16 Prozent herabgedrückt worden seien. Kein Land in Europa könne ähnliches ausweisen. Frankreich verfüge heute über 200 000 Mann; Deutschland habe es hingegen einschliesslich der Schutzpolizei bereits auf 259 000 Mann gebracht, mit einer durchschnittlichen Dienstzeit von sechs Jahren. Frankreich und Deutschland hieltensich heute die Wage und jede neue Reduzierung seitens Frankreichs müsse glatt als Prämie für einen neuen Krieg angesehen werden. Hier kommt es zu neuen empörten Zurufen seitens der Sozialisten. Bouilloux-Lafont fährt ungestört fort und zitiert einen Satz von Steeg, wonach "der mächtigste Reiz zu neuen Kriegen ein Land ohne Verteidigung" sei. Unter dem Jubel der Reaktion schliesst der Berichterstatter damit, dass Frankreichs freiwillige Abrüstung leider kein Beispiel für andere Staaten mehr sei, sondern Versuchung. Die militärische Organisation eines Landes sei noch immer die beste Garantie für den Frieden. Wieder wird der Redner von der Linken aufs heftigste unterbrochen.

Chousset erklärt, dass Frankreich heute die immense Summe von 19 Milliarden Franken für seine Rüstungen ausgebe und nicht 12 Milliarden, wie sie in dem geschickt frisierten Budget verzeichnet stünden. Hier greift Kriegsminister Maginot ein und bestreitet aufs entschiedenste, dass sich im französischen Budget versteckte Rüstungsausgaben befänden. Der sozialistische Abg. Chousset blieb jedoch bei seiner Feststellung und forderte, dass von den Rüstungsausgaben grosse Abstriche gemacht würden.

Im Anschluss daran ergriff der reaktionäre Oberst Fabry das Wort und er-

klärte, dass er zu der Ueberzeugung gekommen sei, dass man die Rüstungsausgaben auf keinen Fall kürzen dürfe, hingegen die Rüstungsindustrie rationalisieren müsse. Es müsse eine einheitliche Stelle geschaffen werden, die die technischen Fortschritte zusammenfassend verwerte.

SPD. Braunschweig, 24.Febr. (Eig.Dr.)

Immer neue Einzelheiten über die Ausschaltung der Polizei durch die SA. Hitlers am vergangenen Sonnabend und Sonntag werden bekannt. Als ein Polizeibeamter aus einem Hakenkreuzzug einen Rohling feststellen wollte, der mit einem Hausschlüssel einen Zuschauer verletzt hatte, wurde er bei dieser Handlung von SA-Leuten gehindert und mit Fusstritten traktiert. Trotzdem gelang es dem Polizisten, den schuldigen SA-Mann zu fassen. Hierauf trat der Abteilungsführer der SA. hinzu und erklärte, der Mann dürfe nicht festgenommen werden. Minister Franzen habe Anweisung gegeben, dass keine Leute vorgeführt werden sollten. Einige andere wegen Prügelei festgenommene SA-Leute wurden nach einem telephonischen Anruf des Nazi-Landtagspräsidenten Zörner freigelassen.

Der sozialdemokratische "Volksfreund" weist ferner darauf hin, dass am Montag-Morgen, als die Stadt Braunschweig in einem unerhört schmutzigen Zustand von den Nazi-Horden verlassen wordenwar, die Schutzpolizeibeamten den dienstlichen Befehl erhielten, das Stroh beiseite zu schaffen, auf dem die Parteifreunde Franzens kampiert hatten.

Ueber die Teilnehmerzahl gehen die Schätzungen der eigenen Nazi-Organe weit auseinander. Die braunschweigische Polizei hatte auf "ungefähr 7000" geschätzt. Das hannoversche Hitlerorgan schreibt von 10 000. Goebbels im "Angriff" macht daraus 40 000 und der "Völkische Beobachter" in München gar 60 000 Teilnehmer.

SPD. Paris, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Einigung in den englisch-französischen Flottenverhandlungen ist, wie zu erwarten war, am Dienstag-Abend erzielt worden. Der englische Aussenminister Henderson und der erste Lord der Admiralität Alexander sind daraufhin sofort nach Rom abgefahren, um dort über den Beitritt Italiens zu dem Flottenkompromiss zu verhandeln.

Wie ein amtliches französisches Kommuniqué erklärt, werde sich die Bedeutung der in Paris erzielten Ergebnisse erst dann voll beurteilen lassen,wenn die Zustimmung Italiens dazu vorliege.

SPD. Köln, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Zwischen dem Vorgebirge westlich von Köln und der Voreifel im Roertal ist unter der Erft bis weit in die Dürener Gegend hinein das Vorkommen von mächtigen Braunkohlenflözen festgestellt worden. Da diese Kohle unter einem grossen Deckgebiet liegt, dass der Abbau der Kohle im Tagebau nicht möglich ist, wird man diese Kohle durch unterirdischen Betrieb, wie bei der Steinkohle, gewinnen müssen. Bereits im kommenden Jahre wollen einige Werke anfangen, Schächte zu errichten, um die Kohle unter Tage zu gewinnen.

SPD. Eschweiler, 24.Februar (Eig.Dr.)

Am Dienstag-Vormittag wurden hier die 32 Opfer des Zechenunglücks in der üblichen Weise unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Es wurden verschiedene Ansprachen gehalten, in denen immer wieder die Versiche-

rung wiederkehrte, dass künftig mit allen Mitteln daran gearbeitet werden müsse, dass die Belegschaften in den Bergwerken vor derartigen Katastrophen bewahrt bleiben müssen. Für den Bergbauindustriearbeiter-Verband sprach Engelhardt-Aachen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministersiums, des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers sprach Ministerialdirektor Dr. Grieser. Auch er hob hervor, dass es notwendig sei, alle erdenklichen Massnahmen im Bergbau zu treffen, um in Zukunft derartige Massenunglücke zu verhindern. Nach dem Trauerakt setzte sich der Trauerzug, an der Spitze die Bergmannskapelle, in Bewegung. Auf zehn wchwarz umflorten Leichenwagen wurden die Särge nach den Friedhöfen von Eschweiler, Weissweiler, Nothberg, Bergrath und Dürwiss zur Beerdigung gefahren.

SPD. Essen, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

In der Villa Hügel in Essen verstarb heute nachmittag im Alter von 77 Jahren Frau Margarete Krupp, die Witwe Alfred Krupps, des letzten männlichen Erben der Krupp'schen Werke.

SPD. München, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Im Rossteingebiet bei Lenggriess ereignete sich am Dienstag nachmittag ein neuer Lawinensturz, der wieder einen Skifahrer, denMechaniker Schreier aus München unter sich begrub. Dem Gebirgsunfalldienst des Roten Kreuzes gelang es noch nicht, den Verschütteten zu bergen, sodass mit seinem Tod zu rechnen ist.

SPD. Die Kommunisten hatten in der Dienstagsitzung des Reichstags den Antrag gestellt, die Ansätze im Reichsetat für die Kriegsversorgung um rund 500 Millionen Mark zu erhöhen. Sie wollten dadurch den Kriegsbeschädigten vortäuschen, dass die Kommunisten eine Erhöhung ihrer Renten wollen. In Wirklichkeit hätten die Kriegsbeschädigten zwar auf eine Erhöhung ihrer Renten gehofft, sie wären aber masslos enttäuscht worden, weil sie gar nicht hätte eintreten können. Eine Erhöhung der Renten ist nur möglich durch eine Änderung des Gesetzes über die Kriegsversorgung. Diese Erhöhung aber war von den Kommunisten überhaupt nicht beantragt. Ihnen liegt nichts an einer Besserstellung der Kriegsbeschädigten, dafür aber alles an einer wirksamen Agitationsparole gegen die Sozialdemokratie.

Das zeigte sich auch bei der Beratung des kommunistischen Antrages auf Erhöhung der Vermögenssteuer, der Aufsichtsratssteuer und der Einkommensteuer. Man merkte den Kommunisten die Verlegenheit deutlich an, als der sozialdemokratische Redner erklärte, dass die Sozialdemokratie diesem Antrag gegenüber die gleiche zustimmende Haltung einnahme wie im Dezember. Um jedoch eine positive Verbesserung der Besitzsteuern zu erreichen und um zugleich die bereits im November und Dezember von der Sozialdemokratie gestellten, die gleichen Ziele verfolgenden Anträge zu erledigen, werde sich die Sozialdemokratie der vom Zentrum geforderten Ausschussberatung des Antrages nicht widersetzen.

Dabei zeigte sich, wie auch hier den Kommunisten mehr an der Agitationsparole denn an dem positiven Erfolg liegt. Anstatt zu unterstreichen, dass die Sozialdemokratie jetzt die gleiche Haltung einnimmt wie im Dezember und mit dafür zu sorgen, dass der Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Regierung gegen die Verbesserung der Steuergesetzgebung beseitigt wird, liessen sie unverhohlen erkennen, dass ihnen eine ablehnende Haltung der Sozialdemokraten weit lieber gewesen wäre, und dass sie grimmig enttäuscht sind, weil die Sozialdemokratie sie um eine Agitationsparole gebracht hat.

SPD. Stuttgart, 24.Februar (Eig.Dr.)

Ueber den Stand des Untersuchungsverfahrens gegen Dr. Friedrich Wolff und Frau Dr. Jacobowitz-Kienle können wir folgendes mitteilen:

Dr. Friedrich Wolff hat heute in einer Unterredung mit dem Untersuchungsrichter erklärt, dass es nicht in seinem Sinne liege, dass aus dem ganzen Fall soviel gemacht werde. Er wolle die Angelegenheit nicht auf das politische Gebiet schieben, sondern für sein Verhalten nur rechtliche und menschliche Gesichtspunkte geltend machen. Der Untersuchungsrichter, dem für diesen Zweck eine Hilfe beigegeben wurde, beabsichtigt, die Untersuchung so rasch als möglich zum Abschluss zu bringen. Der Antrag der Anwälte auf Nachprüfung der Rechtmässigkeit des Haftbefehls ist heute eingegangen, und es dürfte Anfang der nächsten Woche über ihn entschieden werden. Ob die Untersuchung bis dahin schon soweit abgeschlossen ist, dass keine Kollusionsgefahr (Verabredungsgefahr) zwischen den beiden Angeklagten und zwischen ihnen und den beteiligten Frauen und Mädchen mehr besteht, ist allerdings zweifelhaft. Sobald sie nicht mehr besteht, dürfte der Haftbefehl aufgehoben werden, da er wegen Fluchtgefahr kaum aufrecht erhalten werden würde, zumal von einer dritten Seite, es soll sich um eine Verlagsbuchhandlung handeln, entsprechende Sicherheit angeboten worden ist. In dem Termin dürfte auch die Frage der Haftfähigkeit von Friedrich Wolff geprüft werden.

Das ganze Verfahren ist übrigens schon im Dezember vorigen Jahre durch eine Anzeige gegen Frau Dr. Jacobowitz-Kienle ins Rollen gekommen, die mit dem § 218 gar nichts zu tun hatte. Sie wurde der fahrlässigen Körperverletzung und unsachgemässen Behandlung bei einer Frühgeburt beschuldigt. Bei den hierauf angestellten Ermittlungen kamen dann erst die anderen Tatbestände zur Kenntnis der Behörde. Die Verfehlungen gegen § 218, die Frau Dr. Jacobowitz-Kienle zur Last gelegt werden, reichen zeitlich bis zum Jahre 1928 zurück. Es kam bei allen in ihrer Klinik ausgeführten Eingriffen nur ein Todesfall am 6.November vorigen Jahres vor, an dem sie aber kein Verschulden trifft, da das betreffende Mädchen vorher bei sich selbst einen Eingriff vorgenommen hat und erst darnach die Klinik aufgesucht hat. Sämtliche anderen Fälle sind einwandfrei verlaufen.

Als Untersuchungsrichter fungiert in dieser Sache Landgerichtsrat Häusermann, die Anklage wird von den Staatsanwälten Backmeister und Hagedorn vertreten werden.

SPD. Rom, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Der die Öffentlichkeit überraschende Besuch des englischen Aussenministers in Paris wurde der römischen Regierung vorher auf dem diplomatischen Wege telephonisch angekündigt. Die italienische Presse, die bisher starr und heftig an den Forderungen nach völliger Gleichheit in der Flottenstärke mit Frankreich festhielt, hat am Dienstag zum erstenmal ihren Ton völlig geändert. Die Weisung von oben ist klar ersichtlich. Nach den Informationen des Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" ist ein wichtiger Umschwung eingetreten. Die Geneigtheit Italiens, mit Frankreich endlich zu einem Abkommen in der Flottenfrage zu kommen, ist gewachsen. Man dürfte sogar den entscheidenden Schritt machen, zum erstenmal die Forderung nach völliger Gleichheit in der Flottenstärke fallen zu lassen. Natürlich wird das nicht prinzipiell geschehen, aber tatsächlich. Der moralische Druck der Londoner Arbeiterregierung, die auf keinen Fall den Londoner Flottenpakt und die Abrüstungskonferenz zu Fall kommen lassen will, wirkt dabei ebenso stark mit wie die finanzielle Lage, die ein wahnwitziges Wettrüsten nicht erlaubt. Ist einmal dieser entscheidende Schritt getan, die Idee der Flottengleichheit bis auf weiteres beiseite zu lassen, dann zeigen die jetzigen Verhandlungen darüber, ob Frankreich 150 000 Tonnen oder weniger an Uebergewicht über Italien in seiner Flottenstärke erhält,

nicht mehr unüberwindbare Schwierigkeiten. Im Zeichen der Rüstungspause kann dann endlich die Abrüstungskonferenz zusammentreten, die nach den Worten Hendersons über das künftige Schicksal Europas entscheidet.

SPD. Rom, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Zerstörungen, die nach unserer Meldung vom Montag Wirbelsturm und Ueberschwemmung in Sizilien anrichteten, haben sich noch bedeutend verschlimmert. Am Dienstag wütete ein neuer Wirbelsturm in der sizilianischen Provinz Agrigento. Besonders der Hafen der Stadt ist schwer beschädigt. Grosse und kleine Schiffe sind in Not geraten. Die zerstörten Telephonverbindungen machen eine Uebermittlung von Einzelheiten unmöglich. In ganz Sizilien sind die Eisenbahnlinien unterbrochen, da mehrere Brücken auf den Hauptstrecken, besonders an der Küstenlinie, eingestürzt sind. In Palermo, das am schwersten betroffen wurde, gehen die Rettungs- und Bergungsarbeiten weiter. Besonders schwer ist die Versorgung der zum Teil obdachlosen Bevölkerung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Die Panik war am Dienstag noch so gross, dass die Verbreiter von Alarmmeldungen verhaftet werden mussten. Die Obdachlosen sind in Hotels und Schulen untergebracht worden. Auch aus Kalabrien kommen weiter Schreckensnachrichten. Dort sind grosse Erdrutsche, Brückeneinstürze und Ueberschwemmungen zu verzeichnen. Selbst die Hauptstrecke von Neapel nach Reggio (Kalabrien) wurde am Dienstag durch einen grossen Erdrutsch unterbrochen. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt. Verletzte gibt es in Sizilien wie in Kalabrien sehr viele.

SPD. Rom, 24.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Nachricht von dem Besuch der italienischen Flotte in deutschen Häfen, wie sie in den letzten Tagendie "Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte, wird von der italienischen Presse als falsch dementiert.

SPD. Noch während das Plenum tagte, begann der Haushaltsausschuss wieder mit der Mittags abgebrochenen Einzelberatung des Haushalts des Innern. Bald kam es zu einem auffälligen Beschluss. Abg. Gereke (Landvolk) beantragte die Streichung des gesamten Reichszuschusses (100 000 Mark) an die Hochschule für Politik. Für die Streichung stimmten mit dem Landvolk, den Christlichsozialen und der Wirtschaftspartei die Volkspartei - mit Ausnahme des Abg. von Kardorff - und das Zentrum - mit Ausnahme des Abg. Dr. Schreiber -.

Beim Kapitel Filmoberprüfstelle sprach Frau Bohm-Schuch über die eigenartige Zusammensetzung der Spruchkammer, die den Remarque-Film verboten hat.

Abg. Sollmann (Soz) erörterte bei dem Republikschutzfonds den Braunschweiger Polizeiminister-Skandal, wo der staatenlose Abenteurer Hitler den nationalsozialistischen Polizeiminister angewiesen hat, einem Polizeiwachtmeister die weitere Ausübung seiner Pflichten zu untersagen. Der Minister Wirth erklärte, dass er die Vorgänge bisher erst aus den Zeitungen kenne. Es gehe an die Braunschweigische Regierung ein entspreches Schreiben ab.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 24. Febr. (Eig. Drahtber.)

Die Kommunisten machten zu Beginn der Dienstag=Sitzung des Reichstags mehrere Male wilden Theaterdonner. Sie scheinen die Nationalsozialisten immerhin würdig vertreten zu wollen. Zunächst verlangte der Kommunist Ulbricht, dass sofort die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für den 25. Februar in Berlin verhandelt werde. Nun gehört die preussische Verwaltung und damit das Demonstrationsverbot selbstverständlich vor den preussischen Landtag. Die bürgerlichen Mittelparteien erhoben gegen die sofortige Beratung eines solchen Antrages Widerspruch. Er konnte deshalb nicht auf die Tagesordnung kommen.

Komisch wirkte die Drohung des Kommunisten, dass seine Partei am 25. Februar so demonstrieren werde, dass die Paläste Berlins erzitterten. Das Haus erinnerte sich mit Vergnügen daran, dass soeben die Berliner Grossindustriellen Borsig und Koettgen und andere Industriemagnaten auf Einladung der russischen Regierung nach Moskau abreisten und glaubte nicht daran, dass im Augenblick die Kommunisten den Palästen dieser Freunde des russischen Sowjet=Staates zusetzen werden.

Es folgten die zurückgestellten Abstimmungen zum Versorgungshaushalt. Dazu haben die Kommunisten zahlreiche Anträge auf Erhöhung der Renten gestellt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rossmann machte darauf aufmerksam, dass die Höhe der Renten im Versorgungsgesetz, im Kriegs=Personenschädengesetz und in den Pensionsgesetzen festgelegt sei. Ehe nicht diese Gesetze verändert seien, hätten höhere Ansätze im Reichshaushalt gar keinen Zweck. Der kommunistische Antrag sei also eine bewusste Irreführung der Kriegsopfer. Die Sozialdemokratie mache im Bewusstsein ihrer Verantwortung so etwas nicht mit. Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurden folgende Ausschussanträge, die auf Forderungen der Sozialdemokratie zurückgingen: 1. die Reichsregierung zu ersuchen, die für die Kapitalabfindung zum Zwecke der Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene vorgesehenen 10 Millionen Mark unverkürzt und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, damit sie zur rechten Zeit in die Wohnungsbauprogramme der Länder und Gemeinden einbezogen werden können, ferner die Reichsregierung zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob und inwieweit bedürftige Kriegereltern auch nach Ablauf der im § 111 des Reichsversorgungsgesetzes genannten Fristen anstelle der Elternrenten laufende Beihilfen oder Unterstützungen gewährt werden könnten. Schliesslich wird die Reichsregierung ersucht, alle Schwerkriegsbeschädigten von der Krankenscheingebühr zu befreien.

Als der von den Kommunisten eingebrachte Antrag auf Einführung einer sogenannten Millionärsteuer aufgerufen wurde, beantragte der Zentrumsabgeordnete Esser, diesen Antrag dem Steuerausschuss zu überweisen. Diese Selbstverständlichkeit, die bei jedem wichtigen Gesetzentwurf geübt wird, brachte die Kommunisten in eine wahre Raserei. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hertz versuchte, die wilden Männer abzukühlen, indem er auf folgende Tatsachen hinwies: Schon am 22. November hätte die Sozialdemokratie einen Antrag auf Verschärfung der Einkommensteuer, der Verbrauchsbesteuerung und der Spekulationsgewinne eingebracht. Am 5. Dezember habe die Sozialdemokratie eine Erhöhung der Aufsichtsratssteuer und eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer beantragt. Diese Anträge lägen noch im Steuerausschuss. Der heutige kommunistische Antrag bewege sich in derselben Linie. Wenn also der Abgeordnete Esser die Ausschussberatung wünscht, so stimme die Sozialdemokratie zu, damit auch ihre eigenen Anträge gemeinsam mit dem kommunistischen Antrag beraten werden könnten. Hertz schloss, wer die Ausschussberatung nicht will, erklärt damit, dass er an die Ernsthaftigkeit seiner Anträge nicht glaubt. Dass dagegen die Kommunisten erneute Tobsuchtsanfälle schauspielerten, ist selbstverständlich. Entsprechend dem Wunsche des Zentrums wurde der kommunistische Antrag dem Steuerausschuss zur

weiteren Beratung überwiesen.

Nun wollte der Reichsernährungsminister seine Rede beginnen. Die kommunisten begrüssten ihn minutenlang mit Zurufen: Hungerminister, Hungerzollminister, Unterernährungsminister, Bauernbetrüger usw. Einige Kommunisten übten einen Sprechchor ein. Schliesslich wies der Reichstagspräsident die Abgeordneten Grube und Maddalene aus dem Saal. Es wurde dann sofort ruhig und Schiele konnte seine lange Rede fast ohne Störung zu Ende führen.

Der Minister führte aus, die Politik regele sich nicht nach ethischen Grundsätzen, sondern nach wirtschaftlichen und sonstigen realen Machtverhältnissen. Es komme darauf an, in Deutschland wieder zu einem geordneten Binnenmarkt zurückzukommen. Die Gesamtsumme des nationalen Austausches in Deutschland sei grösser als sein internationaler Handel. Es gelte, die landwirtschaftlichen Produktionskräfte zu entwickeln. Der Niedergang des Absatzes an Düngermitteln und an Kohle in der Landwirtschaft zeige, wie schlecht es ihr gehe. In Amerika und in anderen grossen Agrarländern sei ein gewaltiger Ueberschuss an Vorräten, der auf die Preise in Deutschland drücke. Die deutsche Landwirtschaft habe längst an Preisabbau das Menschenmögliche getan. Der Agrarindex steht auf 107, der Industrieindex auf 147 und der Lohnindex auf 150 bis 160. Die Landwirtschaft könne von der Fertigindustrie und dem Handel verlangen, im Preisabbau dem landwirtschaftlichen Beispiel zu folgen. Schiele bespricht dann im einzelnen seine Sanierungspläne: einen Reichsbestellungsplan zur Einschränkung des Roggen = und Haferbaues und zur Ausdehnung des Anbaues von Weizen, Gerste, Hülsenfrüchten und des Grünlandbaues. Das sei durchaus kein Staatssozialismus, ferner spricht er für Zinsverbilligung auf Bodenverbesserungskredite, eine Verbilligung, die auf 10 Jahre verlängert werden soll. Das Brennrecht für Kartoffeln müsse erweitert werden. Die Regierung fordere freie Hand in der Festsetzung von Zöllen für das gesamte Zollgebiet. Der bisherige Ermächtigungszoll habe sich bewährt. Das Wichtigste freilich müssten die Landwirte selber tun. Gegen den Schluss seiner Rede wendet sich der Reichsernährungsminister mit grosser Schärfe gegen die Teile seiner Berufsfreunde, die ihn heftig angriffen. Diese Partien seiner Rede sind insbesondere gegen Hugenberg und dessen Deutschnationale gerichtet, ohne dass er Namen und Partei nennt. Er werde seinen Weg gehen ohne Rücksicht auf falsch verstandene Verbraucherwünsche, aber auch ohne Rücksicht auf parteipolitisch überspitzten Agrarradikalismus. Im Einklang mit der Grünen Front habe er seinen Ministerposten angenommen und führe ihn in dieser Einigkeit weiter. Alles andere sei Schwindel, er folge allein seinem Gewissen und missachte alle Störungsversuche. Er lehne es ab, Fernziele aufzustellen, die in der Milchstrasse liegen, sondern bleibe auf dem Boden der Tatsachen. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Landvolk dankte dem Minister durch stürmischen Beifall.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Tempel verwies darauf, dass die Sozialdemokratie stets für positive Lösung der Agrarprobleme eingetreten sei. Der Der Industriearbeiter sehe im Arbeitsbauern seinen Bruder. Die von der Sozialdemokratie vertretenen Konsumenten hätten gewiss keinen Dank für ihre bauernfreundliche Politik erwartet, aber doch etwas mehr Sachlichkeit. Die Art, wie Hugenbergs Presse, aber auch manche evangelischen Sonntagsblätter, die Agrarpolitik der Sozialdemokratie verleumden, sei eine Infamie. Die Grösse der Opfer für die Landwirtschaft sei enorm. Die Gesamthöhe der Zölle sei doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit. 3½ bis 4 Milliarden Mark fliessen aus Mitteln der Gesamtheit in die Landwirtschaft. Dagegen sei der gesamte Steuerertrag der Landwirtschaft nur 700 Millionen Mark. Die Volksgesamtheit bringe also fünf- bis sechsmal soviel auf, wie die Landwirtschaft der Allgemeinheit zurückgebe. Seit 100 Jahren sei nicht so viel für die Landwirtschaft geschehen. Die Republik mache gut, was in reicheren Zeiten des früheren Staates an der Landwirtschaft versäumt worden sei. Man dürfe aber nicht vergessen, dass unser Aussenhandel 12 Milliarden Mark betrage. Er gebe mindestens 3 Millionen Menschen Arbeit. Wir dürften uns nicht in die Gefahr eines Welthandelskrieges begeben.

Die Landwirtschaft solle auch an die Arbeiterlöhne denken. Mit reduzierten Löhnen könnten die Arbeiter weder Butter noch Fleisch kaufen und viele Landwirte könnten also ihre Verkaufsproduktion nicht absetzen. Dabei erkenne die Sozialdemokratie an, dass unser Getreide- und Kartoffelanbau einen gewissen Schutz gegen die katastrophalen Weltmarktpreise brauchen. Die Verkoppelung der Brotgetreidepreise mit den Futtermittelpreisen haben diese letzteren derartig hinaufgetrieben, dass z.B. die dänische Schweinezucht nur noch die halben Produktionskosten der deutschen Schweinezucht aufzuwenden brauche. In der Milchwirtschaft steckten noch Milliarden an Reserven, die zugunsten der Bauern mobilisiert werden müssten. Das Molkereiwesen müsse rationalisiert werden, für die Geflügelhaltung sei eine Verbilligung der Futtermittel unerlässlich.

Der sachkundige Vortrag Tempels machte unzweifelhaft auch auf die landwirtschaftlichen Interessenten im Hause starken Eindruck. Sie versuchten wiederholt, seine Darlegungen zu entkräften. Tempel trat ihnen aber stets mit überzeugendem Material entgegen. Offensichtlich war es den landwirtschaftlichen Interessentengruppen sehr unangenehm, dass der sozialdemokratische Redner so positiv und kenntnisreich Bauernpolitik trieb.-

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Der Zweck des dritten Reiches.

SPD. Für Hitler ist die Herrlichkeit des Dritten Reiches schon angebrochen. Er ist arriviert und saturiert. Die Kriegskasse der nationalsozialistischen Partei ist von zahlungsfähigen Gönnern bis zum Ueberlaufen gefüllt und Herr Hitler macht reichlichen Gebrauch davon. Sein neuester Sport ist nicht mehr das "Köpferollen", das überlässt er den Kleinen von den Seinen, nachdem es ihm genügend Bargeld eingebracht hat. Jetzt setzt er sich in Szene als Herzog des Dritten Reiches. Zum Herzog gehört der Palast, den Palast hat er sich in München angeschafft. Er hat ihn das Braune Haus getauft und hat in 900 Zeilen des "Völkischen Beobachters" von den Schönheiten des Palastes geschwärmt

Wie ist uns? Hat nicht eben erst die nationalsozialistische Reichstagsfraktion blutige Tränen über die Not der Erwerbslosen geweint und versichert, dass sie auf den Teil der Reichstagsdiäten, auf den sie dank ihrer Schwänzerei keinen Anspruch haben, grossmütig zu Gunsten der Erwerbslosen verzichtet hätten?

Man schätzt, dass Herr Hitler, der ohne Kontrolle und kraft des Führerprinzips selbstherrlich über die Kasse der Nationalsozialistischen Partei verfügt, für diesen Palast und seine Ausschmückung 1½ bis 2 Millionen Mark ausgegeben hat. Als echter Parvenü hat er das Haus mit raffiniertestem Luxus ausstatten lassen, wobei die Hauptsache war, dass alles möglichst teuer war. Es mag sein, dass er bei seinen Freunden, den Generaldirektoren der Schwerindustrie, diese Art von Generaldirektorenrepräsentation kennen gelernt hat. Dort hat man ihm auch beigebracht, dass die Höhe der Erwerbslosenzahl in Deutschland kein Grund dafür ist, ein Luxusauto zu einem irrsinnigen Preise zu kaufen. Die Erwerbslosen, auf deren Stimme und auf deren Blut die Nationalsozialistische Partei spekuliert, müssen sich von vornherein daran gewöhnen, dass sie in Hitler und seinen Kumpanen die Herren zu sehen haben, mit denen sich selbst zu vergleichen ein Verbrechen gegen das geheiligte Führerprinzip ist!

Auf die Millionen, die in diesen Palast gesteckt worden sind, ist nicht zu Gunsten der Erwerbslosen verzichtet worden!

Die nationalsozialistischen Führer hätten noch andere Mittel, auf die sie ohne jeden Beschluss des Reichstags und ohne alles Gesetz durch einen freiwilligen Akt zu Gunsten der Erwerbslosen verzichten könnten. Für ihre Hetzversammlungen im Lande erhalten sie aus den Mitteln der Nationalsozialistischen Partei Tagegelder, die den Diätensatz des Reichstags weit übersteigen. Hitler selbst hat ihnen verkünden lassen, dass sie für den Ausfall an Reichstagsdiäten durch die Versammlungstagegelder entschädigt werden würden.

Man hat noch nichts davon gehört, dass auch nur ein nationalsozialistischer Abgeordneter auf einen Teil dieser Tagegelder zu Gunsten der Erwerbslosen verzichtet hätte. Der grosse Adolf selbst will auf einen Teil seiner Versammlungseinnahmen verzichten – aber nicht zu Gunsten der Erwerbslosen, sondern zurzur Ausschmückung seines Münchener Palastes. Das heisst doch noch Edelmut!

Die Herrschaften sind sozial gesinnt und freigebig, wenn es aus den Taschen der anderen geht. Wenn sie aus der eigenen Tasche geben sollen, zucken sie mit den Achseln und wenden sich ab und huldigen der Anschauung: "Nehmen ist seliger denn geben!"

Das Nehmen ist der Sinndes Dritten Reiches. Der ganze Klamauk dient dazu, neben die Generaldirektorenkaste die Kaste der Naziführer zu setzen – auf Kosten der Arbeiterschaft.

Wurzeln des Nationalsozialismus.

Zwischen dem Münchener Bürgermeister und Bäckermeister Scharnagel und einem Bäckermeister Kögel herrscht von altersher bittere Feindschaft, die nun zu einer Beleidigungsklage Scharnagels gegen Kögel geführt hat. Vor dem Münchener Amtsgericht wurde der Fall Scharnagel=Kögel bis in graue Vergangenheit hinein aufgerollt. Im Jahre 1905, vor 25 Jahren hat der Bäckermeister Kögel einen ingrimmigen Hass gegen den Bäckermeister Scharnagel gefasst, weil Scharnagel seine Ware zu billig verkaufe. Bei einer Bäckerausstellung im Jahre 1905 stellte Kögel den Scharnagel darob zur Rede. Scharnagel aber antwortete angeblich auf die Vorhaltungen des Konkurrenten kurz und deutlich: "Wer kann, der kann. Wer nicht kann, soll verrecken". Hinzu kam, dass plötzlich in der Bäckerei von Kögel eine Kontrollkommission erschien und feststellte, dass der Kögelsche Betrieb der unreinlichste der ganzen Stadt sei. Daher der Hass und die Feindschaft. Daher der nun ein Vierteljahrhundert währende erbitterte Kampf des Konkurrenten gegen den Konkurrenten. Nun endlich hat der Bäckermeister Kögel die richtige Ausdrucksform für seinen Konkurrenzneid und für seinen Hass gefunden - er hat sich zu Hitler bekehrt und nun bekämpft er Scharnagel nicht im Namen des Bäckermeisterneides, sondern im Namen des Nationalsozialismus. Das klingt schöner und gibt prächtige Gelegenheiten zu massiven Beschimpfungen aus dem Arsenal der Hakenkreuzler. Dieser Bäckermeister, der nach 25 Jahren aus Konkurrenzneid sich zu Hitler bekennt, der ist echt. Wie viele Spiessbürger seinesgleichen mögen heute den Hakenkreuzler spielen!

Die Reichsbannerfestung.

Bayrische Nationalsozialisten haben das grosse strategische Geheimnis des Reichsbanners entdeckt. Sie haben herausgefunden, dass das Reichsbanner im Herzen von Deutschland eine Festung erbaut hat, mit allem Raffinement des Befestigungswesens. Ein ganzer Berg sei mit Schützengräben durchzogen und schwer befestigt worden, Flugzeugschuppen seien in der Nähe angelegt worden, kurzum eine Zentralfestung sei geschaffen worden, von der aus das Reichsbanner einen revolutionären Feldzug zu unternehmen gedenke.

Das besondere Raffinement der Reichsbannerleute bestand darin, dass sie zu diesem Zweck einen Berg ausgewählt haben, dessen Name nur die nächsten Umwohner kennen, bei einem Ort gelegen, dessen Name in Deutschland ebenfalls völlig unbekannt ist. Bei Langenzenn zwischen Nürnberg und Würzburg ist dieser schreckliche Ort und die Reichsbannerfestung erhebt sich auf dem Dillberg. Dass dieser Plan trotzdem aufgedeckt wurde, ist einigen findigen Nationalsozialisten zu verdanken, die eine Reichsbannerversammlung in stockfinsterer Nacht von der Strasse her durch die Fenster belauschten und dabei alles erfahren haben. Sie liefen schleunigst zum Bürgermeister, Gendarmerie wurde alarmiert und der Dillberg schleunigst untersucht.

Was kam heraus? Vor einiger Zeit hatte eine Reichswehrabteilung am Dillberg eine Uebung abgehalten und dabei ein paar Spatenstiche gemacht. Die Nationalsozialisten von Langenzenn haben nun den Hohn und das Gelächter gegen sich, während sie doch glaubten, die grösste Entdeckung des Jahrhunderts gemacht zu haben.

Aber, so fragen wir, müssen diese wackeren Hakenkreuzler nicht eine furchtbare Angst vorm Reichsbanner haben? Sie konnten ihre Angst wie ihre Einfalt nicht besser enthüllen als durch das Märchen von der Reichsbannerfestung Dillberg.

Aus aller Welt

Haftbefehl gegen Memmerle!

Der Dämmerzustand des Schreinermeisters - Wenn Vereinskollegen riskante Scherze machen...

SPD. Der Schreinermeister Friedrich Memmer wurde vom Gericht in Berlin-Moabit wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Wissen Sie, wer Memmerle ist, ehe ihn der gefährliche Arm der Gerechtigkeit ereilte? Der solideste und honneteste Kleinbürger, den man sich überhaupt nur vorstellen kann, die Fleisch gewordene Behäbigkeit, allen Erregungen des Lebens und auch allen geistigen Extravaganzen glühend abgeneigt; ein Mann, dessen Leben sich nach seiner kleinen Weckeruhr regelte, die er jeden Abend vor dem Schlafengehen mit minutiöser Pedanterie stellte. Memmerle gehört keiner politischen Partei an, da er befürchtet, sich durch ein Bekenntnis gleich welcher Art schon zu weit heraus zu wagen und dadurch aus seiner privaten Atmosphäre in das grelle Licht kollektiver Betätigung zu gelangen. Seinen Stammtisch hat er auch, und mindestens zwölf Kegel-Skat-, Geselligkeits- und Gesangvereinen gehört er mit Würde und Ernst und unter Ausübung der mannigfachsten Ehrenfunktionen an. Noch eins ist wichtig: wenn er dem Alkohol allzu heftig zuspricht, bekommt er Heldentenor-Allüren, wobei er dann ein wenig bierheiser, aber mit viel Freude am Gesang Rheinlieder zu nachmitternächtlicher Stunde zu Gehör gibt.

+

Es war an einem Sonntag vormittag im Winter. Schreinermeister Memmerle war, seiner Tradition und dem Rufe der Weckuhr getreu, um halb neun Uhr aufgestanden, hatte seinen gewohnheitsmässigen Morgenkaffe inklusive Imbiss, bestehend aus einem hart- und einem weichgekochten Ei, sowie zwei Butterbrötchen, zu sich genommen und befand sich in denkbar rosigster Laune, als ihn plötzlich ein seltsamer Vorfall ganz aus dem seelischen Gleichgewicht brachte. Ein Postbote überbrachte ihm einen Eilbrief, eine Tatsache, die allein schon genügte, um Memmerle, an derlei erregende Zwischenfälle nicht gewöhnt, bedenklich zu beunruhigen. Bis zum Hals aber schlug Memmerles Herz, als er die seltene Botschaft erbrach und folgenden Text lesen musste: "Lieber Friedrich! Etwas Entsetzliches ist geschehen. Deine Verhaftung steht kurz bevor. Fliehe, ehe es zu spät ist! Der Schuft Martin hat alles verraten!" Diese Hiobsbotschaft war mit dem Namen eines seiner Vereinskollegen unterzeichnet.

+

Nun geschah etwas Merkwürdiges. Memmerle dachte krampfhaft nach. Er dachte so intensiv, dass sich in seine nicht allzu edel geformte Stirn tiefe Denkerfalten gruben. Der biedere Schreinermeister war sich zwar keiner Schuld bewusst, aber er wurde von Minute zu Minute unsicherer. Schliesslich kann man ja nicht wissen - -! Immerhin war er wegen einer nächtlichen Gesangsübung auf offenen Strasse bereits mit zehn Mark vorbestraft. Und je mehr sich Memmerle in die alarmierende Botschaft seines Kollegen, den er leider telefonisch nicht erreichen konnte, um Näheres von ihm zu erfahren, vertiefte, desto klarer wurde ihm die erschütternde Wahrheit, dass er irgendwie etwas Schreckliches, Fürchterliches auf dem Kerbholz haben müsse. Wenn er sich auch an Details nicht er-

nnern konnte,so hatte er doch schon oft in der einschlägigen Kriminallitera-tur von unheimlichen Verbrechen gelesen,die der Täter gleichsam im Dämmerzustand begangen hatte und auf die er sich nachher absolut nicht mehr besann.Memmerle sah die Situation zwar nicht als hoffnungslos,aber doch als ungemein ernst an und beschloss,sogleich von seiner Weckeruhr und seinem ihm so gewohnten Alltagsdasein Abschied zu nehmen. Er packte den Koffer und fuhr nach Dresden.Hier logierte sich Memmerle,der zwar kriminalistisch gesehen ein blutiger Laie, aber doch nicht ohne Vorsicht war,im Hotel unter einem falschen Namen ein und wagte kaum,auf die Strasse zu gehen.Er wurde scheu,ängstlich und witterte in jedem,dem er begegnen musste,einen Kriminalbeamten,der schon seinen Steckbrief in der Hand trug.Acht Tage hielt es Memmerle ständig unter dem Albdruck seiner ihm unerklärlichen schwer kriminellen Vergangenheit in Dresden aus,dann versagten seine Nerven und auf Umwegen fuhr er nach Berlin zurück.Zuerst traute er sich kaum in seine Wohnung,nachdem er jedoch stundenlang wie ein Fuchs die Falle sein Heim umkreist hatte,wuchs ihm Löwenmut und er ging,der fürchterlichen Gefahr fest ins Auge blickend,hinein.Schon an der Tür wurde sein Auge durch ein grünes Laubgewinde gebannt,das quer über dem Eingang hing.Unter ihm las der masslos Verdutzte in grossen Buchstaben die folgenden Worte"Ein herzliches Willkommen dem Schwerverbrecher Memmerle!Treten Sie nur ruhig ein,die Polizei wird noch einmal Gnade vor Recht ergehen lassen."

+

Man kann verstehen,dass sich der Schreinermeister Friedrich Memmerle erst für einige Minuten auf einen Stuhl setzen musste,um die neue Situation richtig zu überdenken.Dann wuchs eine masslose Wut in ihm hoch,die aus dem friedlichen korrekten Bürger eine Art überhitzten Vulkan machte.Er riss Hut und Mantel vom Nagel und begab sich spornstreichs in die Wohnung jenes lieben Vereinskollegen, der ihm an einem schönen Sonntag vormittag die ominöse Warnung in die Wohnung geschickt hatte.Die Unterhaltung nahm einen etwas stürmischen,man möchte fast sagen,melodramatischen Verlauf.Jedenfalls war das Ergebnis des heftigen Disputs eine Klage wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung gegen den Schreinermeister.Auch besagter Vereinskollege,der die Lawine ins Rollen gebracht hat,ist zur Verhandlung erschienen. "Ich verstehe das gar nicht", sagt er und zuckt noch jetzt verständnislos mit den Achseln,"ich habe die Sache als einen kleinen,netten Scherz betrachtet'.Aber soviel Humorlosigkeit hätte ich dem Memmerle wirklich nicht zugetraut.Als er an meiner Wohnungstür Sturm läutet und ich ihm zurufe:"Na,Friedrich,Angeklagter,wie gehts?",gibt er mir doch einen Schlag hinter die Ohren,dass ich der Länge nach hinfalle.Drei Minuten später war ich k.o. und musste aufgeben! Und dann die Schimpfworte!Ein ganzes Lexikon von Beleidigungen hat er von sich gegeben.Kurz gesagt,vier Wochen bin ich in Behandlung gewesen. Das ist doch wirklich keine Art,mit einem Vereinskollegen umzuspringen..!" Ein scheuer Blick in Richtung Memmerle illustriert des Vereinskollegen Klage.Doch Memmerle kümmert sich gar nicht um ihn.Er sitzt auf der Anklagebank wie ein Märtyrer.Allerdings nimmt der Richter die Sache nicht so tragisch Und mit einem sichtlichen Lächeln zieht er schliesslich das Fazit:eine kleinere Geldstrafe.

Kuka.

+ + +

Die nächste Arbeiter=Olympiade. Die nächste Arbeiter=Olympiade findet im Juli in Wien statt und zwar in dem modernen,seiner Vollendung entgegengehenden Wiener Stadion. Man rechnet mit einem Besuch von mindestens 30 000 Arbeitersportlern.

+ + +

Einbruchsepidemie in Stockholm. Stockholm wird gegenwärtig von einer wahren Einbruchsepidemie heimgesucht.In der vergangenen Woche wurden beispielsweise nicht weniger als 50 Einbrüche verübt und in der Nacht vom Sonntag zum Montag 17 - immerhin ein Rekord.

+ + +

"Die grosse Tat". Am Dienstag mittag drang ein sichtlich aufgeregter jüngerer Mann in das Büro des Reichspräsidenten ein und forderte die dort tätigen Beamten zur sofortigen Auszahlung einer Unterstützung auf. Als der energische Bittsteller auf den schriftlichen Weg verwiesen wurde, schrie er: "Ich bin nervenkrank! Was glauben Sie denn - ich habe nur noch einige Stunden zu leben!" und zog eine Pistole. Bevor er jedoch zum Schiessen kam, wurde er gepackt und überwältigt. Beamte des alarmierten Ueberfallkommandos beförderten den Mann zur nächsten Polizeiwache. Man erfuhr, dass es sich um einen 28 Jahre alten stellungslosen Handlungsgehilfen Alois Broll handelt, der zurzeit obdachlos ist und die letzten Nächte in Torbögen verbracht hatte. Die Not hat seine Nerven zerrüttet. "Durch eine grosse Tat", gibt er an, wolle er die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich lenken.

\+ + +

Zwei Alkoholtote. Bei einem Trinkgelage, das von der Mannschaft eines schwedischen Frachtdampfers nach der Heimkehr in den Stockholmer Hafen veranstaltet wurde, erlitten zwei Matrosen eine Methylalkoholvergiftung, an deren Folgen sie starben. Zwei weitere Matrosen sind ernstlich erkrankt.

\+ + +

Glienicke-Ergebnis: 84 ooo Mark. Die im Auftrag des Prinzen Friedrich Leopold vorgenommene Versteigerung des Inventars des Schlosses Glienicke bei Potsdam ergab den Gesamterlös von 84 ooo Mark. Hierzu kommen noch die Beträge für Freihandverkäufe; insbesondere dürfte der peinlich berührende Flötenschacher noch ein beträchtliches Stück Geld abwerfen. Die Auktion selbst ist auf polizeilichen Einspruch nicht ganz zu Ende geführt worden.

\+ + +

Explosion im Filmlaboratorium. Im Laboratorium einer Filmgesellschaft in Kronstadt (Siebenbürgen) ereignete sich eine Explosion. Drei Personen verunglückten tödlich, mehrere wurden schwer verletzt; das Unglücksgebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder.

\+ + +

Elfjähriger rettet vier Geschwister. In Hirtshals (Dänemark) rettete ein 11jähriger Knabe, der Sohn eines Fischers, seine vier Geschwister, die auf dem Eise eingebrochen waren, vom sicheren Tode des Ertrinkens.

\+ + +

Rechtsanwalt Goldberg in Berlin. Der von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Amtsunterschlagung gesuchte Notar Dr. Goldberg ist, wie seine Freunde versichern, nach Berlin zurückgekehrt, hält sich aber bei Bekannten verborgen und hat sich den Behörden noch nicht gestellt. Indes liegt der Staatsanwaltschaft ein Antrag vor, Dr. Goldberg, der mit seinen Nerven vollkommen zusammengebrochen ist, gegen eine Kaution von 2 ooo Mark von der Haft zu verschonen - in diesem Fall will sich der Gesuchte stellen. Wie bekannt, handelt es sich bei den gegen Dr. Goldberg erhobenen Beschuldigungen um die scheinbar in finanzieller Bedrängnis erfolgte Nichtablieferung von Stempelgebühren im Gesamtbetrag von etwa 6 ooo Mark.

\+ + +

Lawinenkatastrophe. Von drei deutschen Touristen, die am Monte Rosa (Schweiz) in einen Schneesturm gerieten, verunglückte einer tödlich: es handelt sich um einen Baron Konrad von Tschammer noch unbekannten Wohnsitzes, der von einer niedergehenden Lawine überrascht und verschüttet wurde. Auch im ganzen Tiroler Alpengebiet gehen ständig neue Lawinen nieder. So hat eine sieben Meter hohe Lawine in der Nähe der österreich-italienischen Grenze den Bahnkörper der Strecke Lienz-Franzensfeste derart verschüttet, dass der Zugverkehr eingestellt werden musste.

\+ + +

Schiffskatastrophe im Schwarzen Meer. Der Dampfer "Campidoglio" (,700 Tonnen) des Lloyd Triestino ist auf seiner Reiseroute Konstantinopel-Burgas in der Nähe der bulgarischen Insel Swetinikola im Schwarzen Meer infolge eines Orkans und starken Nebens aufgelaufen. Das Schiff begann sofort zu sinken. Die auf die Hilferufe von Burgas herbeigeeilten Dampfer nahmen die Besatzung und die Passagiere auf. Der Kapitän weigerte sich,das sinkende Schiff zu verlassen.

\+ + +

Ermordung eines Neunzehnjährigen? Im Siney Sussex College in Cambridge (England) wurde der 19jährige Archäologiestudent F.Jone Ellis tot aufgefunden. Hände und Füsse waren ihm gefesselt, Mund,Nase und Augen mit Taschentüchern zugebunden. Der Tod ist auf Erstickung zurückzuführen - ob das Leben des jungen Menschen aber durch gewaltsame Einwirkung beendet wurde, steht nicht ohne weiteres fest: Es kann sich auch um einen Studentenscherz handeln,der auf tragische Weise endete, ebenso auch um einen Freitod oder um ein missglücktes wissenschaftliches Experiment. Jedenfalls bildet "das Geheimnis des Zimmers 23" - das ist das Zimmer, in dem der Tote aufgefunden wurde - die englische Sensation des Tages.

\+ + +

Geflüchteter Generalkonsul. Unter Zurücklassung grosser Schulden ist der frühere argentinische Generalkonsul in Hamburg Juan Oyhanarte nach Frankreich geflüchtet,nachdem er erfahren hatte, dass von deutschen Gerichtsbehörden ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden ist.

\+ + +

35 ooo Mark unterschlagen. Umfangreiche Unterschlagungen wurden bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Sieglar (Westfalen) durch deren Geschäftsführer Joseph Over begangen. Kurz vor seiner Verhaftung gelang es dem Beschuldigten,der die Kasse um etwa 35 ooo Mark betrogen haben dürfte, über die französische Grenze zu fliehen.

\+ + +

Tonfilm=Expedition in die Wildnis. Soeben ist der Urwaldforscher Alexander Siemel mit der Matto Gross-Expedition von Montevidio nach Uruguay abgereist. Die Expedition,die aus elf Teilnehmern, lauter Gelehrten und Jägern besteht, ist mit einer Tonfilmkamera ausgerüstet, um in den nahezu vollständig unbekannten Dschungeln im Innern West-Brasiliens die Sprache der Eingeborenen und Tonbilder der Wildnis aufzunehmen. Sie beabsichtigt zuerst den Paraguayfluss etwas 2500 Meilen aufwärts zu verfolgen und dann ihr Hauptquartier in Descalvados aufzuschlagen. Von dort aus will man in einem Radius von 500 Meilen mit den Forschungen beginnen und auch dem Lauf des fast sagenhaften "Fluss des Zweifels" folgen, um sein Hinterland zu erforschen. Vor fünf Jahren unternahm Theodore Roosevelt jun. mit einem englischen Kapitän Fawcete eine Expedition in dieses Gebiet, wobei Kapitän Fawcett spurlos verschwand. Neben den Tonaufnahmen hat die Expedition auch vor, seltene Tierexemplare, Anacondas, Tapire und den brasilianischen Dschungeljaguar lebend zu fangen,und auch des Pirhanhas,eines besonders gefährlichen Fisches, habhaft zu werden,der gerade im Paraguayfluss in grossen Mengen vorhanden ist. Die Pirhanhas greifen nur den verwundeten Schwimmer an; es ist,als ob sie vom Blutgerucht angezogen würden. Die Expedition ist gegen die zahlreichen Giftschlagen der westbrasilianischen Dschungel mit entsprechenden Mengen von Antitoxinen ausgerüstet. Siemel selbst jedoch, der eine 21jährige Jagderfahrung gerade in Südamerika besitzt, fürchtet nur den Biss einer einzigen Schlangenart, der 12 Fuss langen Sorroqugu-Schlange,der unweigerlich und augenblicklich den Tod zur Folge hat.

Wirtschaft Technik Handel

Entschuldung und Betriebssicherung.

Ein kostspieliges Experiment mit Geldern der Allgemeinheit.

SPD. Der Kernpunkt des neuen Osthilfeprogramms ist die Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe. Es soll erreicht werden, dass die teilweise weit über ihren Wert verschuldeten Güter nicht unter der grossen Zinslast zusammenbrechen.

Die Entschuldung beruht in erster Linie auf einen Verzicht des Reichs auf die Industrieumlage. Diese Umlage sollte schon in Fortfall kommen, als durch den Youngplan die Reparationslast ermässigt wurde. Durch die Verschlechterung der allgemeinen Finanzlage blieb diese Steuer jedoch bestehen. Während für 1931 der Reichsetat noch 180 Mill. und für 1932 noch 80 Mill. aus dieser Steuer für allgemeine Zwecke verwenden muss, sollen die Einnahmen aus dieser Steuer in den dann folgenden Jahren für die öffentlichen Finanzen überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen werden. Gleichwohl soll die Industrie für die Jahre von 1931 bis 1936 zusammen 500 Mill. Mark aufbringen; nur werden diese Summen nicht in die Reichskasse fliessen, sondern bei der Bank für Industrieobligationen angesammelt und durch ihre Vermittlung als Darlehn an die Landwirtschaft gegeben werden. Weitere 200 Mill. Mark kann die Bank sich durch Aufnahme von Anleihen beschaffen. Darüber hinaus wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, gemeinsam mit der preussischen Regierung Bürgschaften im Gesamtbetrage von 250 Mill. Mark für Entschuldungszwecke zu übernehmen. Im ganzen werden also 950 Mill. Mark im Laufe von 6 Jahren für die Umschuldung der ostdeutschen Landwirte bereitgestellt werden. Der grosse Nutzen für die Landwirte besteht darin, dass ihre jährlichen Zinsleistungen in den ersten 5 Jahren nur 5%, in den weiteren Jahren 6% des Entschuldungsdarlehens betragen sollen. Da diese geringe Verzinsung nicht ausreicht, um die laufenden Aufwendungen an Amortisation, Geldbeschaffungs- und Verwaltungskosten zu decken, muss das Reich die Differenz bezahlen. Getilgt sollen die Darlehn schon innerhalb von 30 Jahren werden. Mit Hilfe dieses Subventionsfonds kann sich also die ostdeutsche Landwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit und des Reiches in 30 Jahren von ihren Schulden befreien. Nicht allein, dass ein Berufsstand sich auf Kosten der Allgemeinheit entschulden kann, ist das Bedenkliche bei dem neuen Osthilfegesetz, sondern dass hier aus Steuermitteln ein Zweckvermögen gebildet wird, über welches weder das Reich noch der Staat das alleinige Kontrollrecht ausübt. Ausserdem ist es nicht zu billigen, dass die Steuerpflichtigen, also in diesem Falle die Industrie, direkten Einfluss erhalten auf die Verwendung der von ihnen aufgebrachten Steuern. Denn um solche handelt es sich bei der Industrieumlage. Wenn dieser Grundsatz allgemeine Bedeutung erlangt, ist nicht abzusehen, zu welchen Konsequenzen das führt. Es kommt dann vielleicht dahin, dass die Brauereien beschliessen können, was mit den Einnahmen aus der Biersteuer geschieht.

Die Durchführung der Entschuldungsaktion wird nämlich von der Bank für Industrieobligationen in Gemeinschaft mit den Kommissaren der Osthilfe (Landstellen) und zu diesem Zweck gebildeten landwirtschaftlichen Interessenvertretungen vorgenommen. Diese Organisation der Entschuldungsaktion ist ein Kompromiss. Von den landwirtschaftlichen Interessenten war ein wütender Kampf gegen die der Regierung unterstehenden Landstellen geführt worden, weil diese in objektiver Weise geprüft haben, ob der Subventionen verlangende landwirt-

schaftliche Betrieb überhaupt noch lebensfähig ist. Die preussische Regierung hat sich aber mit aller Energie gegen die Ausschaltung der staatlichen Aufsicht über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Geldmittel gewandt. Sie vertrat durchaus mit Recht die Ansicht, dass keineswegs die Bildung einer neuen Organisation notwendig sei, sondern dass die Landstellen völlig ausreichten, um die Verteilung der Mittel vorzunehmen und ihre zweckmässige Verwendung zu überwachen. Namentlich wäre es völlig überflüssig, dass die Bank für Industrieobligationen noch einen besonderen Kontrollapparat aufbaut, zumal die bestehenden Agrarkreditinstitute über einen solchen verfügen. Eine Einigung erfolgte dann in der Weise, dass die Schuldner sich in Haftungsverbände zusammenschliessen können, die zur Prüfung der Entschuldungsanträge mit herangezogen werden sollen. Die Entscheidung über die Entschuldungsanträge ist aber durch übereinstimmenden Beschluss der Landstellen und der Bank für Industrieobligationen zu treffen. Bedenklich ist jedoch, dass bei einem ablehnenden Votum der Landstellen die Bank die Entschuldung doch vornehmen kann, wenn der landwirtschaftliche Haftungsverband die Bürgschaft übernimmt. Die Landwirte sind ja, wie die Erfahrung zeigt, leicht geneigt, solche Verpflichtungen einzugehen, da sie genau wissen, dass, wenn es hart auf hart kommt, sie von diesen Verpflichtungen wieder befreit werden. Dazu kommt, dass die Haftungsverbände nur eine Ausfallgarantie in Höhe von 10% des Entschuldungsdarlehns übernehmen.

Ausser dieser Entschuldung ist im neuen Osthilfegesetz noch ein Betriebssicherungsfond vorgesehen, aus dem Betriebe subventioniert werden sollen, die nicht eigentlich überschuldet sind, aber den Zinsendienst und kurzfristige Fälligkeitsschulden nicht bezahlen können. Auch besonders hoch verschuldete Betriebe, für die eine Entschuldungsaktion nicht mehr in Frage kommt und bei denen die Gläubiger aus Furcht, ihre Forderungen vollständig zu verlieren, keine Zwangsversteigerung herbeiführen, sodass die Betriebe allmählich vollkommen devastiert werden, sollen aus diesem Fonds unterstützt werden. Schliesslich sind zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens jährlich 50 Millionen vorgesehen.

Durch die Entschuldungsaktion, die einen allzu breiten Raum im Osthilfegesetz einnimmt, werden der Gesamtwirtschaft 1 Milliarde Mark entzogen. Dabei besteht noch die Befürchtung, dass diese Mittel nur dazu dienen werden, die derzeitige Verfassung der ostelbischen Agrarwirtschaft aufrechtzuerhalten. Eine Umstellung auf Grund der völlig veränderten Wirtschaftslage kann jedenfalls durch das neue Osthilfegesetz nur erreicht werden, wenn der notwendige Einfluss der Landstellen gewahrt bleibt. Eine Sicherheit, dass die öffentlichen Gelder zur Erhaltung und Umstellung der Produktion und nicht zur Sanierung unfähiger Gutsbesitzer ausgegeben werden, ist nur dann gegeben, wenn in objektiver Weise von den staatlichen Landstellen entschieden wird, welche landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt umschuldungsfähig, d.h. kreditwürdig sind. Der Einfluss der landwirtschaftlichen Haftungsverbände muss möglichst eingeengt werden, denn bei den verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Grundbesitzern eines Kreises bestehen, wäre es nicht verwunderlich, dass, ebenso wie bei der Osthilfe von 1928, von der Entschuldungsaktion nur die Grossgrundbesitzer profitieren, nicht aber die kleineren Landwirte.

SPD. Der Zementabsatz wird für den Januar 1931 mit 164 ooo Tonnen angegeben, während er im Januar 1930 nicht weniger als 315 ooo Tonnen betrug. Der halbierte Zementabsatz lässt die ungünstige Lage in der Bauwirtschaft krass in Erscheinung treten.

Berliner Viehmarkt.

(24.Februar)

SPD.Auf dem Schweinemarkt konnten die letzten Preise nicht gehalten werden. Der Markt war reichlich beschickt. Auch die Beschickung auf dem Hammelmarkt war zufriedenstellend. Allerdings prägte sich das in der Preisstellung nicht so sehr aus wie am Schweinemarkt. Auf dem Kälbermarkt war bei genügendem Auftrieb glattes Geschäft. Auf dem Rindermarkt konnten Bullen und Kühe die letzten Notierungen behaupten. Trotz geringer Beschickung gingen im grossen und ganzen die Preise zurück, da das Geschäft auf dem Fleischgrossmarkt flau liegt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 32-37 (voriger Markt 33-39), b) 24-30 (25-32), c) 22 - 23 (22 - 24), d) 18 - 21 (18 - 21), Kälber: a) - (-), b) 54 - 59 (53 - 58), c) 48 - 55 (47 - 54), d) 32 - 43 (35 - 45), Schweine: a)(über 300 Pfund) 50 - 53 (51 -53) b)(240-300 Pfund) 51 - 52 (51 - 53), c)(200-240 Pfund) 50 - 52 (51 - 52), d)(160 - 200 Pfund) 47 - 50 (48 - 51), e)(120 - 160 Pfund) 44 - 46 (46 -47), f) (unter 120 Pfund - (-), g)(Sauen) 48 - 49 (49 - 50).

SPD.Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 16. bis 21. Februar 1931 auf 86,0 gegenüber 86,7 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 79,0 (80,4), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 76,2 (76,7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 109,1 (109,5).

SPD.Der Tietzkonzern (Leonhard Tietz-Köln) gibt seinen Umsatz im verflossenen Jahr mit 205 Millionen Mark an gegenüber 190 Millionen Mark im Jahre 1929.

Buttermarkt.

SPD.Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24.Febr.: I. 142 Mark, II. 134 Mark, III. 120 Mark je Zentner. Tendenz:ruhig.

SPD.Im Hugenbergkonzern ist die langgeplante Umgruppierung jetzt vollzogen worden. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um eine Verschmelzung der Mutuum Darlehns A.G., die u.a. der Erweiterung des Konzerns diente,mit der Dachgesellschaft des Konzerns, der Deutschen Gewerbehaus A.G. Die Verlagsinteressen der Mutuum Darlehns A.G. sind auf die Vera-Verlags G.m.b.H. übertragen worden. Zugleich wurde die Erhöhung des Grundkapitals von 7 auf 15 Millionen Mark beschlossen. Die Kapitalerhöhung soll dazu dienen, in der Ufa stärkeren Fuss zu fassen. Neu in den Aufsichtsrat der Deutschen Gewerbehaus A.G. wurde u.a.ein Vertreter des Stahltrusts gewählt.

Weizenkatastrophe.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Februar)

SPD.An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung wieder sehr fest, namentlich im Handel mit Weizen. Die Situation verschärft sich zusehends. Dem knappen Angebot steht ausserordentlich rege Nachfrage gegenüber, die sich aus allen Teilen des Reiches bemerkbar macht. Dementsprechend konnten die Preise für Weizen erneut steigen, und die Gewinne betrugen sowohl für prompte Ware als auch am Markte der Zeitgeschäfte ca 3 Mark. Auch Roggen hatte bessere Nachfrage bei geringem Angebot, da die Mühlen nur schwach versorgt sind.Die Preise gingen hier um ca. 1½ Mark in die Höhe. Hafer hatte bei reichlichem Angebot stetige Tendenz. Am Mehlmarkt waren die Forderungen um 25 Pfennige, für Weizenmehl teilweise auch um 50 Pfennige erhöht, jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück.

	23.Februar	24.Februar.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	277 - 279	280 - 282
Roggen	157 - 159	159 - 161
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriegerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	139 - 146	141 - 147
Weizenmehl	32,50-39,00	33,00-39,50
Roggenmehl	23,75-26,50	23,75-26,50
Weizenkleie	11,25-11,50	11,25-11,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,80-10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 292 - 294 (Vortag 289½), Mai 299-301 (296), Juli 301½-303½ (298½), Roggen März 177½-178 (176¼), Mai 186¾-187½ (185½), Juli 188½-189¾ (187), Hafer März 154½-157 und Brief (153½), Mai 165¾-167½ (163), Juli 173 - 174½ Geld (169½).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 24.Febr.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,50 - 0,65
" Weizenstroh "	"	0,45 - 0,60
" Haferstroh "	"	0,45 - 0,60
" Gerstenstroh "	"	0,55 - 0,65
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	"	0,60 - 0,85
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,50 - 0,70
" Weizenstroh	"	0,45 - 0,60
Häcksel	"	1,25 - 1,45
	Tendenz still	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1,70 - 2,10
Thymothee, lose	"	2,90 - 3,25
Kleeheu, lose	"	2,50 - 3,00
Mielitz-Heu, lose (Warthe)	"	1,60 - 1,80
" " " (Havel)	"	1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	"	0,30 über Notiz
	Tendenz ruhig.	

Gewerkschaftliche Rundschau

Reformeifer am falschen Fleck.

SPD. Die christlichen Gewerkschaften haben es für notwendig gehalten, nach dem Beginn der Reformberatungen der Gutachterkommission für die Arbeitslosenversicherung selbst mit Reformvorschlägen hervorzutreten. Diese Vorschläge geben etwas reichlich zu Bedenken Anlass. Auch bei den Christen dürfte man doch allmählich dahinter gekommen sein, dass auf dem Umweg über eine neue Reform der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit bestimmt nicht bekämpft werden kann. Die Eindämmung der Arbeitslosigkeit aber ist die Hauptsache. Nicht das Herumdoktern an der Arbeitslosenversicherung, sondern die grossen Fragen der eigentlichen Arbeitsmarktpolitik sind eine Aufgabe, "des Schweisses der Edlen wert."

Die christlichen Gewerkschaften fordern - um einige ihrer Hauptvorschläge herauszugreifen - die Befreiung aller Ehefrauen, aller Jugendlichen bis 16 Jahren und aller Personen über 60 Jahren von der Versicherungspflicht. Für die Ehefrauen oder Jugendlichen soll die Familie oder im Notfall die Wohlfahrtspflege einspringen. Dieser Vorschlag mutet etwas weltfremd an; denn es gibt doch Tausende von Ehefrauen, die wahrhaftig nicht zum Vergnügen berufsmässige Arbeitnehmertätigkeit ausüben, sondern längst zum Hauptträger der Existenz einer Familie geworden sind. Auch der Vorschlag, für die über 60jährigen Arbeitslosen anstelle der Arbeitslosenunterstützung Invalidenrente treten zu lassen, berührt etwas merkwürdig. Die trostlose Lage der Invalidenversicherung ist doch auch den Christen nicht unbekannt.

Die Aufhebung aller Befreiungen in der Landwirtschaft - eine Forderung, die von den freien Gewerkschaften schon lange erhoben, von den bürgerlichen Parteien des Reichstags bisher jedoch stets abgelehnt wurde - wird in dem Reformbukett der Christen mit der Forderung nach Einführung einer besonderen Gefahrenklasse für die Landwirtschaft verbunden. Wohl werden ausdrücklich weitere Gefahrenklassen in der Beitragsbemessung abgelehnt, der Ausgleich der besonderen Berufsgefahr wird jedoch gewünscht und zwar von der Leistungsseite her: Anwartschaftserwerb, Bezugsdauer der Unterstützung und Staffelung der Wartezeit sollen hierfür genügend Möglichkeiten bieten. Auf diesem Weg kommt man praktisch nur zu einer neuen Verkürzung der Unterstützungssätze und darüber kann auch die Forderung, dass die Sonderbestimmungen für berufsübliche Arbeitslosigkeit fallen sollen, nicht hinwegtrösten. Bis jetzt - die Erfahrungen mit der Notverordnung beweisen es - haben wir nur erleben müssen, dass wohl die Leistungen bei der Bezugsdauer und dem Anwartschaftserwerb verschlechtert wurden, die Schlechterstellung durch die Sonderbestimmungen für berufsübliche Arbeitslosigkeit jedoch geblieben ist.

Die christlichen Vorschläge wollen gewerkschaftliche Ersatzkassen für einzelne oder mehrere Berufe zulassen. Dass hier die freien Gewerkschaften grundsätzlich eine entgegengesetzte Auffassung vertreten, ist bekannt. Das gleiche gilt in der Frage des Melde- und Benutzungszwangs. Die christlichen Vorschläge verwerfen den Meldezwang für freie Stellen.

Für die von den freien Gewerkschaften geforderte Zusammenlegung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge ist in den Vorschlägen der Christen nur wenig Interesse zu entdecken. Sie sprechen nur von einer Erweiterung der Krisenunterstützung und von einer Verwerfung der Rückzahlungspflicht bei der Wohl-

fahrtsunterstützung. Ebenso fordern sie die Betreuung der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen nur von einer Stelle aus und zwar vom Arbeitsamt. Aber das ist doch noch lange keine grundsätzliche Stellungnahme zur Forderung der Einrichtung einer Reichsarbeitslosenfürsorge. Hier ist eine klare Sprache notwendig; denn der Vorschlag des Deutschen Städtetages verlangt Uebernahme der gesamten Arbeitslosenfürsorge auf die Bezirksfürsorgeverbände, Zahlung einer Unterstützung nach Fürsorgerichtsätzen, Bedürftigkeitsprüfung nach den Grundsätzen der Kommunalen Fürsorge, Entscheidung über die Unterstützungsanträge durch den Bezirksfürsorgeverband - alles Dinge, die die freien Gewerkschaften mit der grössten Entschiedenheit ablehnen. Zwischen ihren Forderungen und dem Entwurf des Deutschen Städtetages besteht eine Kluft und bis jetzt ist nur zu erkennen, dass ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften und der Srädte hier nicht in Frage kommt.

Schade, dass bei dieser so wichtigen Position des Arbeitslosenschutzes der Reformeifer auf christlicher Seite plötzlich erkaltet. Das ist umso bedauerlicher, als gerade die Frage der Vereinigung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege baldigst gelöst werden muss. Aufschub ist hier nicht am Platze. Wer für die Arbeitslosen etwas tun will, muss sich vor allem an die Klärung der vordringlichen und brennenden Fragen machen. Das Wichtige und Notwendige zuerst!

SPD. Die neuen Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung bedeuten noch keine Aenderung der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Berichtsabschnitt noch um rund 155 ooo Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist bis zum 15. Februar nur noch um rund 48 ooo auf rund 2 6o2 ooo (im Vorjahr 2 318 ooo) gestiegen. Der Anstieg der Ziffern ist also in der ersten Februarhälfte in einer weit flacheren Kurve vor sich gegangen als in den vorangehenden Wintermonaten. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtag rund 861 ooo Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 ooo am 31. Januar gezählt.

Von den verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Februar bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4 991 ooo arbeitslos. Die Zunahme um rund 1o6 ooo gegenüber dem 31. Januar fällt zum grösseren Teil (2,8%) den Saison-Aussenberufen zur Last, während in den übrigen Berufsgruppen nur eine Zunahme um 1,7% zu verzeichnen ist. Als günstiges Zeichen dürfte anzusehen sein, dass seit längerer Zeit wieder ein Landesarbeitsamt, nämlich Sachsen, eine Abnahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnet hat. In der Steinkohlen- wie in der Braunkohlenindustrie hat sich der Absatz verschlechtert. Entlassungen und starke Zunahme der Feierschichten vor allem im Ruhrgebiet waren die Folge. Auch die Kaliindustrie ging zu Betriebseinschränkungen und zu Kurzarbeit über. Eine leichte Entspannung des Arbeitsmarktes zeigte sich der Saison entsprechend mehrfach in der Bekleidungsindustrie, vor allem in der Konfektionsindustrie der Bezirke Brandenburg und Schlesien.

+

Die Situation am Baumarkt hat sich nach den Mitteilungen des Baugewerksbundes weiterhin verschärft. Die Arbeitslosigkeit ist von 64,8% auf 72,9% gestiegen. Die Zahl der in Arbeit stehenden Bauarbeiter ist um fast 40% geringer als im Vorjahr und bleibt sogar um noch mehr als 20% hinter derjenigen des so aussergewöhnlich kalten Januar 1929 zurück. Auf dem Land sind die Beschäftigungsverhältnisse noch trostloser als in den Städten. Während hier gut zwei Drittel der Bundesmitglieder arbeitslos sind, wurden auf dem Land vier Fünftel von diesem Schicksal betroffen.

Die Katastrophe am Baumarkt wird offenbar immer grösser. Die Hoffnungen,

die die Regierung auf ihr Sanierungsprogramm gesetzt hat, erfüllen sich nicht. Wenn man es im Frühjahr nicht zu einer Krise von noch nie gesehenem Ausmass kommen lassen will, wird nichts anderes übrig bleiben als die übereilte Fortnahme von Hauszinssteuermitteln wieder rückgängig zu machen oder dem Baumarkt aus anderen Quellen dreistellige Millionenbeträge zu Vorzugszinsen zur Verfügung zu stellen.

SPD. In dem Lohnstreit der Masschneiderei ist in Weimar ein Schiedsspruch gefällt worden, der folgende Neuregelung vorsieht: Die Löhne werden ab 1.März um 6% herabgesetzt. Bis spätestens 1.Mai haben die Parteien pber die Städtegruppeneinteilung Verhandlungen zu führen. Die Neuregelung ist erstmalig am 31.Juli und dann laufend monatlich kündbar. Die Erklärungsfrist für den Spruch läuft bis zum 2.März.

Der Lohnabbau für die Masschneider liegt in der allgemeinen Lohnabbaulinie des Reichsarbeitsministeriums. Zu berücksichtigen ist, dass die Arbeitgeber sehr weitgehende Forderungen gestellt hatten. Sie verlangten einen allgemeinen Lohnabbau um 15%, Versetzung von 55 Städten in eine niedrigere Städtegruppe, Abbau des Heimarbeiterzuschlags um 5% und Einführung von Doppeltarifen. Sie drohten ganz offen, dass sie auf den Neuabschluss eines Vertrages verzichten würden, wenn sie ihre Forderungen nicht erfüllt bekämen. "Los von jeder tariflichen Bindung" das war ihre Parole..

Die vorgesehene Neuregelung wird aller Voraussicht nach in Kraft treten; die Arbeitgeber haben aber, wie der Ausgang der Verhandlungen deutlich zeigt, nur einen Teil ihrer Forderungen bewilligt bekommen. Nicht bewilligt sind vor allem die von ihnen geforderten Doppeltarife. Der Heimarbeiterzuschlag bleibt und die Städtegruppierung ist Sonderverhandlungen vorbehalten geblieben, in denen auch die Anträge auf Höherversetzung zur Entscheidung kommen werden. Man sieht, auch trotz der Lohnabbaupsychose und trotz der überaus schwierigen Stellung der Arbeiter der Masschneiderei infolge der Arbeitslosigkeit wachsen die Bäume der Arbeitgeber nicht in den Himmel. Sie waren in Weimar mit einem förmlichen Massenaufgebot angetreten und hielten dort wilde Reden, als wenn sie die Welt aus den Angeln heben wollten. Sie haben ordentlich zurückstecken müssen.

SPD. Im Baugewerbe werden noch im Laufe dieser Woche die Verhandlungen für den Abschluss eines neuen Reichstarifvertrages wieder aufgenommen. In der ersten Märzwoche beginnen in den Bezirken die Parteiverhandlungen über Neuregelung der Löhne.

SPD. Den am Reichstarifvertrag für die Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen beteiligten Gewerkschaften wurde am Dienstag das Lohnabkommen zum 31. März gekündigt. Das Lohnkündigungsschreiben betont ausdrücklich, dass die Kündigung zum Zweck der Kürzung der Lohnbezüge erfolgt. Ein Verhandlungstermin zur Neufestsetzung der Löhne ist noch nicht festgelegt,

Reichsbahn, Reichspost, Reichswasserstrassen und nun auch Reichsverwaltungen sollen die Lohnabbaubewegung - die Unternehmer haben bereits eine zweite angekündigt - abschliessen.

Deutscher Reichstag

31. Sitzung vom 24.Februar 1931.

SPD.Im Reichstag begann die Dienstagnachmittagsitzung mit einer Protestrede des

Abg.Ulbricht (Komm) gegen das Demonstrationsverbot für den 25.d.Mts.Er verlangt sofortige Beratung eines Antrags, dieses Verbot aufzuheben. Im übrigen, schliesst der Redner, werden die Arbeitslosen am 25. so demonstrieren, dass die Herrschenden in ihren Palästen erzittern.

Das Verlangen des Vorredners scheitert am Widerspruch aus der Mitte und rechts.

Vor den nun folgenden Abstimmungen erklärt

Abg.Rossmann (Soz.) im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion zu dem kommunistischen Antrag Nr.803:

Die Ansprüche aus der Kriegsversorgung beruhen im wesentlichen auf gesetzlich festgelegten Rechtsansprüchen. Weder eine Erhöhung noch eine Verminderung der Ansätze im Etat ist möglich ohne eine vorherige Veränderung des Reichsversorgungsgesetzes, des Kriegspersonenschädengesetzes, und der Pensionsgesetze. Die Veränderung der Ansätze des Etats, auf die sich der kommunistische Antrag beschränkt ist deshalb praktisch ohne jede Bedeutung. Da sich die Sozialdemokratische Fraktion infolge der Verantwortung, die sie gegenüber den Kriegsopfern empfindet, nicht den Vorwurf einer bewussten Irreführung aussetzen möchte, lehnte sie den Antrag Nr.803 ab. Diese Haltung deckt sich mit der Stellung, die die Sozialdemokratie bereits im Haushaltausschuss eingenommen hat. (Gegenrufe der Komm.)

Der Haushalt wird in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die weiteren, schon beratenen Haushalte. Es folgt der kommunistische "Millionärsteuerantrag".

Abg.Esser (Z) - von den Kommunisten mit "aha" und "Oberschieber" begrüsst - beantragt die Ueberweisung an den Steuerausschuss.

Abg.Dr.Hertz (Soz.) verweist auf die sozialdemokratischen Anträge vom 22.11.und 5.12., die angemessene Besteuerung des Verbrauchs der Spekulationsgewinne, der Tantiemen und der hohen Einkommen vorschlagen. Hertz fährt fort: Der kommunistische Antrag geht zum Teil in der gleichen Richtung. Deshalb haben wir am 9.Dezember v.J. dem Antrag zugestimmt und nehmen wir heute die gleiche Haltung ein.

Die Sozialdemokratischen Anträge sind inzwischen dem Steuerausschuss überwiesen worden. Da andere Parteien auch eine Ausschussberatung für den kommunistischen Antrag wünschen, und dadurch zugleich die sozialdemokratischen Anträge erledigt werden können, stimmen wir dem Antrag auf Ausschussberatung zu (Beifall der Soz.- Lärm der Komm.) Ihr Geschrei gegen eine Ausschussberatung, zeigt nur, dass es Ihnen mit Ihren Anträgen garnicht ernst ist. (Beifall der Soz.- Lärm bei den Komm.)

Abg.Stöcker (Komm.) behauptet, die Sozialdemokraten wollten sich vor der Abstimmung drücken und die jetzt vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit nicht ausnützen. Nur wegen der Anwesenheit der Nationalsozialisten hätten die Sozialdemokraten am 9.Dezember v.J. im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung für den Antrag gestimmt.

Abg.Esser (Z.) von den Kommunisten minutenlang durch lärmende Zurufe überschrien - hält den Antrag auf Ausschussberatung aufrecht, da die Verhältnisse zur Beurteilung des kommunistischen Antrags sich seit dem 9.Dezember wesentlich verändert haben.

Der Antrag Esser wird gegen die Stimmen der Kommunisten und unter deren anhaltendem Lärm angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Landwirtschafts- und Ernährungshaushalts fortgesetzt.

Minister Schiele

- vom Geschrei der Kommunisten und dem Sprechchor "Unterernährungsminister" begrüsst - wogegen Präsident Löbe mehrmals Mahnungen richtet, beginnt nach einer allgemeinen Einleitung. Da die Kommunisten wieder Chöre veranstalten, schliesst der Präsident die Abgg. Grube und Maddalena aus. Grube ruft beim Hinausgehen nochmals "Hungerminister" und wird dafür auf drei Sitzungen ausgeschlossen.

Der Minister führt dann etwa aus: Nur durch Einreihung aller Berufsinteressen in eine politische Einheitsfront kann ein starker Wille und eine erfolgreiche Führung erwachsen. 80 bis 90% unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden im Inland abgesetzt, also viel mehr als im Ausland, somit muss die Ordnung und die Befestigung des Binnenmarktes der Förderung des Aussenhandels vorausgehen und wird diese erst ermöglichen. Das hat auch der Reichsaussenminister in Genf ausgesprochen. Ist es nun ein Zufall, dass die Kosten der Arbeitslosigkeit, der Nahrungsmitteleinfuhr der landwirtschaftlichen Verschuldung und die Reparationszahlen sich ungefähr decken? Helfen Sie die Landwirtschaft von der Vorherrschaft der Export- und sozialpolitischen Interessen befreien. Es zeigen sich bereits sehr ernste Zeichen vom Erlahmen der Landwirtschaft, so in dem sehr starken Rückgang des Absatzes von Kunstdünger, von Elektrizität, von Kohle. Daraus erkennt man die Verflechtung der Industrie und des Binnenmarktes mit der Landwirtschaft. Die Bedrohung der Ernährungsgrundlage trifft alle.

In den letzten Jahren haben wir Raubbau an unserem edelsten Gut getrieben; die Auslandsverschuldung unserer Landwirtschaft ist das stärkste Zeichen der Kapitalentziehung. Seit 10 Jahren ist nicht die nötige Sorgfalt aufgewendet worden, besonders aber seit dem Kriseneinbruch von 1929 nicht.

Das Regierungsprogramm ist in engster Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Organisationen ausgearbeitet, die Hauptaufgabe bei seiner Durchführung fällt den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu. Dann erst können Zollerhöhungen den richtigen Nutzen haben, wenn diese Organisationsarbeit vollendet ist und wenn neben den Steuer- und Soziallasten auch die Zinslasten der Landwirtschaft gesenkt werden, die heute doppelt so hoch sind wie vor dem Kriege. Die Reichsversicherung wird die Initiative zur Zinssenkung ergreifen und gemeinsam mit dem Hauptverband landw. Genossenschaften vorgehen. Die Unpopularität kräftiger Agrarpolitik wird die Reichsregierung darin nicht beeinträchtigen. Gewissen Gegenmeinungen im Konsumentenlager halte ich in rücksichtsloser Sachlichkeit entgegen, dass der Index der landw. Produkte auf 107% steht, die Industrielöhne und -waren aber auf 150 bis 160%. Diesen Preisabbau sollte man der Landwirtschaft nachmachen. Die Spannung zwischen den Produzenten. und Kleinhandelspreisen ist immerhin um 1/5 gesenkt worden. Die Landwirtschaft fordert nur das Unerlässliche. Die Arbeiterschaft hat sich schon bereit erklärt, für die Erhaltung der Landwirtschaft Opfer zu bringen. Wer kann angesichts der Weltkrise noch glauben, den Export durch handelspolitische Mittel zu fördern? Bei 10 Millionen Erwerbslosen ist der Kampf um die Weltmächte aussichtslos und die Erhaltung des eigenen Volkes, die Sicherung seiner Ernährung viel wichtiger. Exportieren wir unter dem Inlandpreis so drücken wir - wie auch in der "Vossischen Zeitung" anerkannt worden ist - das eigene Volk und schwächen den Binnenmarkt, dem wir eine ganz andere Bedeutung geben müssen als bisher. Natürlich kann von einer plötzlichen Abkehr von der Handelsvertragspolitik keine Rede sein, zu Verhandlungen über die Aenderung bestehender Handelsverträge ist die Reichsregierung bereit.

Das Regierungsprogramm geht bis an die Grenze des heute Möglichen, enthält aber auch das für die Landwirtschaft unerlässlich Notwendige, diese sieht darin, was sie erreichen kann wenn sie entschlossen auftritt. In voller Ein-

mütigkeit mit der "Grünen Front" führe ich mein Amt - alles andere ist Schwindel (hört,hört) und arbeiten wir im Kabinett unter der Leitung des Reichskanzlers. Ich verstehe die schweren Krankheitssymptome notleidender Volksmassen,auch des Bauernstandes, aber weil ich die Gefahr eines Widerstreites zwischen Bauernschaft und Staat kenne,darum bleibe ich bei meiner positiven Politik und jage nicht nach unerreichbaren Zielen,die in der Milchstrasse oder sonstwo liegen. Beschimpfungen aus dem eigenen Freundeskreis,parteipolitische Hetzereien werden mich nicht beeinflussen. (Beifall rechts).

Abg. Tempel (Soz.)

Die Sozialdemokratie hat in all den Jahren, in denen man ihr Verantwortung und Mitwirkung in der Gesetzgebung und am Staatsaufbau ermöglicht hat,sich bemüht, für die Landwirtschaft zu tun was möglich war. Wir haben das nicht getan,den Landwirten zuliebe, auch nicht in unsern parteipolitischem Interesse, sondern,weil so gehandelt werden musste, unter dem ehernen Zwang der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wenn auch die Landwirtschaft nicht wie der Minister eben ausgeführt hat,schlechthin die Basis unseres ganzen Wirtschaftslebens ist, so stellt sie mit ihrer Produktion im Werte von etwa 15 Milliarden Mark im Jahr und da sie 15 Millionen Menschen,einschliesslich der Angehörigen,beschäftigt,fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands,einen der wesentlichsten Sektoren des ganzen Kreises unserer Wirtschaft dar. Jede Verkümmerung oder Einschrumpfung dieses Sektors müsste vergiftend und zersetzend auf die ganze Volkswirtschaft wirken.

Der Weg der Auswanderung ist den Notleidenden heute versperrt. Um so notwendiger ist es, die Landwirtschaft instand zu setzen,ihre Bevölkerung weiter zu erhalten und diejenigen,die sich um Strom von den Dörfern in die Stadt anschliessen wollen, weiter an sich zu fesseln. Aus dem wohlverstandenen Interesse des Arbeitsmarktes hat die Arbeiterschaft und haben ihre Führer sich für eine positive Förderung der Landwirtschaft ausgesprochen,auch in den schweren Jahren der Not, was der Minister auch mit seinem Wort von den Opfern der Arbeiterschaft anerkannt hat. Der deutsche Arbeiter sieht in dem Landproletarier seinen Bruder. Auch dieser wird ausgebeutet,auch er leidet unter der Unordnung unseres Wirtschaftssystems und auch er fühlt das Unrecht unserer Gesellschaftsordnung. Darum ist der industrielle Arbeiter bereit, seinem Bruder auf dem Lande auch mit eigenen Opfern zu helfen.Professor Dessauer hat im September 1929 hier von der historischen Leistung der deutschen Sozialdemokratie für die Landwirtschaft gesprochen. Wir haben von ihr keine Dankbarkeit erwartet, aber ein wenig mehr Sachlichkeit und Gerechtigkeit haben wir allerdings erwartet. (Zustimmung der Soz.)

Heute ist die deutsche Volkswirtschaft zugunsten der Landwirtschaft mit Zöllen in der doppelten Höhe wie vor dem Krieg belastet. Reich,Länder,Gemeinden und Kommunalverbände lassen der deutschen Landwirtschaft an direkten und indirekten Subventionen 300 bis 400 Millionen Mark im Jahre zukommen. Auf der andern Seite beträgt die gesamte Steuerleistung der Landwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden jährlich noch nicht 700 Millionen Mark. Nach den Notverordnungen werden sich diese Erträge noch weiter vermindern. Jedenfalls bekommt die Landwirtschaft ein Mehrfaches von dem,was sie selbst der Oeffentlichkeit leistet. Ich erhebe daraus keinen Vorwurf, sondern stelle das nur fest. Seit 100 Jahren ist für die Landwirtschaft nicht das getan und durchgesetzt worden, was das jetzige und das unmittelbar vorhergegangene Reichskabinett für die Landwirtschaft getan hat (Zustimmung.- Zuruf: Alte Versäumnisse gutgemacht!) Wer hat diese Versäumnisse begangen und in welcher Zeit? In den Jahren,in denen uns keinerlei Einfluss auf die Gesetzgebung eingeräumt war! (Lebhafte Zustimmung links).

Wenn also gegen uns der Vorwurf erhoben wird, als ob wir die Landwirt=

schaft zugrunde richten wollten, so hat eine solche Behauptung mit Sachlichkeit und mit Anstand nichts mehr zu tun. Der Minister hat sich gegen die äusserste Rechte gewendet; es wäre gut gewesen,wenn er mit seiner Autorität auf dem Lande das schon früher getan hätte. Wir wissen,dass der einzelne arme Teufel auf dem Lande das Produkt seiner Umgebung ist; seit dem Aufbau des neuen Staates steht er unter dem Einfluss einer Pressehetze, die sich in den evangelischen Sonntagsblättern, den Kreisblättern, den landwirtschaftlichen Zeitungen austobt (Zuruf links: Hugenberg!) und die einfachen Leute glauben macht, Berlin könnte ihnen helfen, wollte aber nicht. Der kleine Mann auf dem Lande müsste ja ein geistiges Rückgrad von Eisen haben, um dieser ständigen Beeinflussung nicht zu unterliegen. Aber die berufenen Organisationen der Landwirtschaft und ein grosser Teil ihrer Führer sind die Schuldigen. So hat noch jüngst auf einer Tagung des Pommerschen Landbundes in Stettin Herr von Rohr-Demmin behauptet,dass auch die jetzige Regierung die Rettungsaktion für die Landwirtschaft bewusst sabotiere, und dass überhaupt niemals eine Regierung unter diesem System für die Landwirtschaft sein könne! (Hört,hört und Entrüstungsrufe links und in der Mitte).

Der Minister hat mit ganzen Regimentern von Zahlen nachzuweisen versucht, dass die Landwirtschaft die Basis unserer Volkswirtschaft sei. Vom Standpunkt der gesamtwirtschaftlichen Interessen aus scheint uns,dass die Agrarierwirtschaft in eine Sackgasse sich verrannt hat,weil sie von einem falschen Ausgangspunkt ausgegangen ist. Von der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung entfallen 60 % auf tierische Erzeugnisse, 40 % auf pflanzliche, 10 Milliarden Mark auf die ersteren,5 Milliarden auf die anderen. Daher ist ein Ausgangspunkt falsch, von dem aus man unbedingt die Stützung der Getreidepreise als die Hauptaufgabe ansieht. Gegen die künstliche Erhöhung der Getreidepreise wendet sich die Veredelungsindustrie, von ihrem Standpunkt aus mit Recht,und fordert zum Ausgleich einen entsprechenden Schutz für ihre Produkte. Das muss uns in Gegensatz bringen zu fast allen Ländern rund um Deutschland und unsere Handelsbeziehungen gewaltig schädigen. Unser Aussenhandel im letzten Jahr hat 12 Milliarden Mark betragen. Der darin enthaltene Verlustexport betrifft grösstenteils Agrarprodukte, ist aber im ganzen nicht ausschlaggebend. Unsere Handelsbilanz war mit 8 Milliarden aktiv. Wir haben den englischen Aussenhandel überflügelt und die Möglichkeit gehabt, in dieser Weltkrise 3 Millionen Industriearbeiter noch zu beschäftigen. Unser Aussenhandel gibt mehr Arbeitsmöglichkeit als die gesamte Agrarproduktion! Ein Verlust unseres Aussenhandels würde für uns nicht weniger verderblich sein,als die militärische Niederlage. Wir schliessen uns den Warnungen an, die im Kabinett selbst erhoben worden sind. Eine Politik der künstlichen Uebersteigerung der Preise für unsere tierischen Produkte würde den Binnenmarkt zerstören. Wenn Eier,Butter,Fleisch und Milch noch teurer werden,so könnten selbst die nicht erwerbslosen Arbeiter nichts mehr kaufen; sie und erst recht die Erwerbslosen würden dann noch mehr Margarine verbrauchen und sich auf Kartoffeln und Roggenbrot beschränken müssen. Sowohl die Ueberhöhung der Getreidepreise wie der tierischen Produkte bringt uns in Wirtschaftskämpfe mit den Nachbarstaaten, schränkt die Kaufkraft unserer Volksmassen ein, verringert die Nachfrage auf dem inneren Markt und treibt uns ins Chaos. Vor einer solchen Agrarpolitik warnen wir den Minister eindringlich.

Dabei erkennen wir ab, dass wir unserem Getreide=und Kartoffelbau ein gewisser Schutz gegen die katastrophalen Weltmarktpreise, die zum Teil aus politischen oder spekulativen Gründen gemacht sind, geben müssen,wenn nicht unsre Bauern ruiniert werden sollen. Wir wenden uns aber gegen gewisse Massnahmen in der Ausführung des Vermahlungs= und Beimischungszwanges,die zu Schikanen gegen die Verbraucher werden. Den Minister sollte es auch interes=

sieren,dass in Thüringen Verbraucher,Verarbeiter und Regierung sich geeinigt haben, diese Bestimmungen nicht mehr zu befolgen!

Die Verkoppelung der Brotgetreidepreise mit den Futtermittelpreisen hat die Letzteren derartig hinaufgetrieben,dass zum Beispiel die dänische Schweinezucht nur noch die halben Produktionskosten der deutschen Schweinezucht aufzuwenden braucht. Eine gewisse Absetzung der Futtermittel - von den Brotgetreidepreisen müsste erreicht werden. In der Milchwirtschaft stecken Milliarden in Reservefonds, die zugunsten der Bauernschaft mobilisiert werden könnten.Das Molkereiwesen müsste durch Rationalisierung viel leistungsfähiger gemacht werden,ohne dass darum die Preise zu steigen brauchten.Die Milchkontrollvereine sollten im Interesse einer besseren Qualität der Milch gefördert und geleitet werden. Für die Geflügelhaltung ist eine Verbilligung der Futtermittel unerlässlich. Jede Rationalisierung der Produktion und des Absatzes wird unsere Förderung finden. Wir freuen uns über die Fortschritte,die auf der "Grünen Woche" zu sehen waren.

Der Anteil des Handels am Gesamtprodukt der Wirtschaft hat sich von 1913 bis 1927 zm 5 Milliarden Mark vergrössert - ein Wirtschaftsraum,den die Produzenten zum Teil zurückgewinnen müssten. In Nordwestdeutschland haben die Konsumvereine durch direkte Verbindung mit den Produzenten sehr gute Erfolge erzielt. Die Bauern müssen sich von dem Wahn freimachen,als ob der Staat allein ihnen helfen müsste und könnte; er kann nur die Selbsthilfe der Landwirtschaft unterstützen. Wir müssen uns klarmachen,dass Deutschland nicht mehr ein Land der Bauern und der Handwerker ist, sondern ein Land der Arbeiter und der Fabriken. Daher muss unsere Agrarwirtschaft sich aufbauen auf einem gesunden Arbeitsmarkt. Nur wenn der Arbeiter laufen kann,dann kann der Bauer verkaufen. Wir haben stets die enge Verflochtenheit der bäuerlichen und der Arbeiterinteressen erkannt und die Arbeiterschaft hat Verständnis dafür bewiesen;das sollten auch die Bauern und ihre Organisationen tun. Wenn sie den hundersten Teil ihrer Energie in der Bekämpfung des neuen Staates und besonders unserer Partei anwenden würden, um ihre Berufsgenossen darüber aufzuklären,so wäre schon viel gewonnen. Dem Minister und dem Kabinett wünschen wir,dass sie gegenüber dem "Agrarradikalismus" und seinen Schwindelparolen festbleiben. Schicksalfragen des deutschen Volkes dürfen nicht den demagogischen Bedürfnissen einer Clique von Führern des Landbundes ausgeliefert werden! (Lebhafter anhaltender Beifall der Soz.)

Aus der weiteren Debatte sind die anerkennenden Gedenkworte für den verstobenen Zentrumsführer Herold hervorzuheben,die der Zentrumsabgeordnete Blum-Crefeld an die Erinnerung knüpfte, dass zum ersten Male seit Jahrzehnten nicht mehr Herold für das Zentrum in der Landwirtschaftsdebatte spricht.

Entschieden sprach auch dieser Redner gegen die demagogische Verhetzung der Handwirte.

Abg. Dr. Schlittenbauer (Bayr.V.) betonte die dringende Notwendigkeit,minderwertigen Boden zu verbessern,was allein in Bayern für mehr als 30 % der Bodenfläche zutrifft.- Die Kommunisten bringen einen Misstrauensantrag gegen Minister Schiele ein.

Mit einer Rede des Abgeordneten Meyer-Hannover (Deutsch=Hannoveraner) für das Regierungsprogramm schliesst die Sitzung um 19 Uhr.

Zuvor war noch ein kommunistischer Antrag,am heutigen Mittwoch über die Aufhebung des § 218 STGB. zu beraten und die Freilassung des in Stuttgart verhaftete Arztes und Dichters Dr.Friedrich Wolf zu verlangen,abgelehnt worden.

Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte Mittwoch 15 Uhr.

Preußischer Landtag

SPD. Berlin, den 24.Febr..1931

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Berghaushalts.

Abg. Schmidt-Hoepke (Wirt.Pt.) verlangt Verbindung eines Antrages seiner Fraktion, der mit Bezug auf die Stellegung der Hütte Duisburg-Meiderich eine Abänderung des Tarifrechtes dahin fordert,dass dem Mehrheitswillen der arbeitswilligen Werksangehörigen unter allen Umständen Geltung verschafft wird, mit der Beratung des Berghaushalts.

Abg. Leinert (Soz.) widerspricht der Verbindung mit der Bemerkung,dass der Antrag einen unberechtigten Angriff gegen die Tarifgesetzgebung darstelle und den Interessen der Arbeiterschaft abträglich sei.

Abg. Pohl (Dt.Frakt.) setzt die Aussprache zum Berghaushalt fort. Er schliesst sich zunächst den Beileidskundgebungen anlässlich der neuen Grubenkatastrophen an.

Abg. Falk (Staatspt.) bezeichnet das Verhalten der Kommunisten bei der Trauerkundgebung des Landtages für die Opfer des neuen Bergwerksunglücks als unwürdig.(Rufe bei den Komm.: "Sie haben ja den stärkeren Grubenschutz verhindert!")

Zur wirtschaftlichen Lage im Bergbau übergehend gibt der Redner der Ansicht Ausdruck, dass der Kampf um den Kohlenabsatz auf dem Weltmarkt in unvernünftiger Weise geführt werde.

Abg. Dr. Schmidt-Hoepke (Wirt.Pt.) bringt das Beileid seiner politischen Freunde zum Eschweiler Bergwerksunglück zum Ausdruck. Man dürfe nicht zu grosse Hoffnungen auf eine Kohlenverständigung mit England setzen,wenn nicht die Milliardenlast der Tributzahlungen von der deutschen Wirtschaft genommen werde

Abg. Lindner (Volksdienst) wünscht Verhinderung jeder weiteren Stillegung und bejaht die Unterstützung des Siegerländer Erzbergbaus.

Abg.Otter (Soz.):

Herr Abg.Schmidt-Höpke, bekanntlich Chefredakteur der "Deutschen Bergwerkszeitung" und hier im Hause Vertreter des kleinen Mittelstands, hat wieder einmal eins seiner üblichen Nazireferate gehalten. Vor dem Kriege war die Bergwerkszeitung immerhin ein Organ, dem man Sachlichkeit und Fachlichkeit nicht absprechen konnte; heute konkurriert sie mit dem "Völkischen Beobachter". Als die "Deutsche Bergwerkszeitung" bei einem Grubenunglück im Vorjahr, dem 270 Bergarbeiter zum Opfer fielen, unmittelbar hinter die Meldung von der Katastrophe die Bemerkung setzte, auf die Dividende werde das keinen Einfluss haben, hat sie sich selbst charakterisiert und uns der Mühe überhoben, uns weiter mit Herrn Schmidt-Höpke zu beschäftigen.

Das deutsche Unternehmertum stand und steht auf dem Standpunkt, dass wir aus der Krise nur durch Lohnsenkung herauskommen können. Wir glauben,dass unsere Produktionsstätten so ausgebaut sind, dass sie für 100 Millionen Menschen Waren genug erzeugen können. Was fehlt, ist der Verbrauch, ist die Kaufkraft. Die Lohnsenkung verhindert tatsächlich jede Ankurbelung der Wirtschaft. Und genau so wie in der allgemeinen Wirtschaft ist es im Bergbau.Dort sind im letzten Jahre rund 100 000 Bergarbeiter abgebaut worden. Das bedeutet einen Lohnausfall von 868 ooo Mark und wieder einen schweren Ausfall an Kaufkraft. Aber wenn man die Herren der bürgerlichen Parteien hier reden hört, hat man beinahe den Eindruck, als sollten die arbeitslosen Bergarbeiter Sammellisten auflegen, um den armen Bergwerksbesitzern unter die Arme zu greifen. (Heiterkeit) Für Zechenzeitungen, diedie Belegschaft auseinanderreissen und

verhetzen sollen, haben die Unternehmer immer noch Geld genug gehabt. Eine nennenswerte Steigerung der Kohlenförderung in Deutschland wird schwerlich in Frage kommen, da kein neuer Absatz zu schaffen ist. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters ist gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre um volle 50% gestiegen. Angesichts dieser Tatsachen kann nur eine Verkürzung der Arbeitszeit, kann nur die Fünftagewoche im Bergbau zu grösseren Wiedereinstellungen führen. Die gestiegene Leistungsfähigkeit der deutschen Bergarbeiter ist bei den Lohnverhandlungen den Unternehmern stets ein Dorn im Auge. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" hat daher den Vorschlag gemacht, in Zukunft den Leistungseffekt nicht nach Kopf und Schicht, sondern nach Pferdestärken zu berechnen. (Heiterkeit) Da fällt mir ein, was ich einmal von einem Kameraden aus Oberschlesien gehört habe: Wenn's nach den Unternehmern geht, sollen wir arbeiten wie ein Pferd und fressen wie eine Ziege. (Grosse Heiterkeit)

Die schwerste Belastung des Bergbaus stellen die ungezählten Millionen für neue Schachtanlagen dar, die sofort nach der Anlegung stillgelegt worden sind, nur um die Quote zu verhandeln. So ist z.B. das Stickstoffwerk auf Mont Cenis - Baukosten 25 Millionen - alsbald wieder stillgelegt worden. Das investierte Geld musste natürlich verzinst werden, und die Mehrbelastung an Zinsen sucht man bei den Löhnen wieder hereinzubekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr von Waldthausen hat sich auf den Generaldirektor Dr.Vögler berufen, dass es mit den sozialen Lasten nicht so weitergehen könne. Herr Vögler versteuert jährlich 530 000 Mark (Zurufe links) Was er nicht versteuert, kann ich nicht wissen. Aber ich spreche ihm das Recht ab, sich über die Höhe der Bergarbeiterlöhne aufzuregen. Der Stahltrust hat seit 1925 362 Millionen abgeschrieben (Abg.Dr.v.Waldthausen: Aber nicht zum Vergnügen) Nein, weil er masslos überkapitalisiert war und jetzt auf Kosten der Belegschaften saniert wird. Die ungeheuren Kapitalfehlleitungen der deutschen Industrieherren dürfen nicht auf Kosten der arbeitenden Menschen ausgeglichen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Herr Abg.Schmidt-Höpke hat Fälle von Misshandlungen von Beamten durch Arbeiter vorgetragen. Dergleichen ist vorgekommen. Aber mit Strafe und fristloser Entlassung gesühnt worden. Das Arbeitsgericht Essen hat sogar die fristlose Entlassung eines Bergarbeiters wegen Misshandlung eines Grubenpferds gutgeheissen. Aber wenn umgekehrt der Fahrsteiger Mohr den Steiger Richter zu Boden geschlagen hat, wird er nur nach einer anderen Schachtanlage versetzt und behält die Qualifikation als Aufsichtsbeamter. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ein ganzes Füllhorn von Unwahrheiten hat auch gestern wieder der kommunistische Redner Abg.Sobottka über uns ausgeschüttet. Den Bergrevierbeamten Dr.Mittelschulte haben wir nicht in Schutz genommen, sondern aufs härteste verurteilt. (Abg.Sobottka: Da lachen ja die Flöhe!) Ihre Flöhe (Heiterkeit) Sobottka hat ferner behauptet, wir hätten über Russland Schwindel verbreitet. Vor mir liegt die Erklärung der aus Russland zurückgekehrten Bergarbeiter Fritz Gottschalk, Joseph Stawinski und Hermann John, die erklären, dass sie trotz allen kommunistischen Terrors im Interesse der Wahrheit berichtet haben, was sie tatsächlich in Russland gesehen und miterlebt haben und was ihre sämtlichen Reisekameraden bestätigen können. (Hört, hört! bei den Soz.)Wegen unserer Nichtbeteiligung am kommunistischen Putschstreik der Bergarbeiter vom 2.Januar ds.J. haben uns die Kommunisten Streikbrecher und Verbrecher geschimpft. Aber es handelte sich garnicht um einen wirtschaftlichen Lohnkampf, sondern um eine rein kommunistische Parteiaktion. Ich habe hier einen sechs Wochen vor dem 1.Januar erlassenen Geheimbefehl der kommunistischen Leitung in Berlin oder Moskau, betitelt "organisatorische Richtlinien zur Auslösung und Durchführung.

des grossen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet". (Zuruf bei der K.P.D.:Spitzelarbeit!) Ich habe den Erlass von einem waschechten Kommunisten,der in der Zentrale sitzt. (Hört!hört! und Heiterkeit bei den Soz.) Darin steht wörtlich, dass A und O der Bewegung sei die Erweiterung der RGO. zum roten Bergarbeiterverband. (Hört!Hört! bei den Soz.- Zuruf der Kommunistischen Abgeordneten Frau Ludewig: Das A und O ist die R.G.O.) R.G.O. heisst bekanntlich Riesen Grosse Ochsen (Grosse Heiterkeit). Als Zweck der Bewegung wird in dieser Anweisung ausdrücklich angegeben: grosszügige Entlarvungskampagne gegen die Gewerkschaftsbürokratie, Steigerung der Empörung über die schurkischen sozialfaschistischen Verräter auf den Siedepunkt. Nicht auf die Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter kam es Ihnen an,sondern lediglich auf neue Zersplitterung. Das haben die Bergarbeiter längst erkannt, und sie werden die kommunistischen Zersplitterer in ihre Schranken weisen. (Lebhafter Beifall b.d.Soz.

Abg, Straube (Dtn.) wendet sich gegen die Grubensicherheitsausschüsse. Die Erweiterung des Kontrollapparates durch Hinzuziehung der Arbeiter zur Kontrolle fördere die Sicherheit im Bergbau nicht.

Abg. Harsch (Ztr.) polemisiert gegen Sobottka. Die Herrn im Bergbau müssten den Lebenserfordernissen der breiten Masse der Bergarbeiter mehr Rechnung tragen.

Abg. Sobottka (Komm.) verwahrt sich gegen die Bezeichnung Feldgendarm; er sei etatsmässiger Wachtmeister im Kriege gewesen. Die vom Abgeordneten Otter verlesene Anweisung sei keineswegs geheim,sondern habe in allen kommunistischen Parteiblättern gestanden.

Abg. Fries-Siegen (Soz.): Die wegwerfende Bemerkung des Abgeordneten Sobottka über mich, kann mich nicht kränken. Ich habe vier Jahre an der Front gestanden, und ich bin zwar nicht, wie dieser Kommunistenführer, ein alter echter kaiserlicher Wachtmeister, aber ich bin es im Kriege geworden.(Grosse Heiterkeit) Ich leugne auch nicht,dass uch b i den Subventionen für den Siegerländer Erzbergbau führend gewesen bin. Wir haben dadurch 12 ooo Bergleuten die Arbeitsgelegenheit gerettet, 4 Millionen Mark Erwerbslosenunterstützung gespart, 1,3 Millionen Lohnsteuer und sonstige Steuern mehr eingebracht, 2 Millionen Eisenbahnfrachten mehr gezahlt und Gemeinden und Kleingewerbetreibenden an Lahn und Dill die Lebensmöglichkeit erhalten. Gewiss ist diese Subventionspolitik grundsätzlich bedenklich. Gewiss würden wir sie nicht treiben, wenn wir in Reichstag und Landtag eine Mehrheit hätten,die die deutsche Eisenindustrie verpflichtete, die 5 Millionen deutsches Erz vor den 17 - 18 Millionen Tonnen Erz aus Schweden,Spanien,Neufundland,Algier und Marokko zu verwenden; wenn wir eine Mehrheit hätten, die Vergesellschaftung des Erzbergbaues und der Eisenindustrie zu beschliessen bereit wäre. Aber diese Mehrheit besteht nicht, und so haben wir zwischen Stillegung oder Subvention zu wählen und haben mit Recht für Subvention entschieden. Dabei sind wir uns völlig darüber klar, dass es unpatriotisch von der deutschen Eisen= und Stahlindustrie ist, nicht von selbst vor allem das deutsche Erz zu nehmen. Wir wissen,dass die deutsche Eisenindustrie eine ungeheure Fehlspekulation begangen hat,als sie riesenhafte grosse Abnahmekontrakte mit Schweden bis 1940 unterzeichnete. Gerade wir im Siegerland klagen die Politik der deutschen Eisenindustriellen an: von 32 Hochöfen 1918 sind bei uns heute nur noch 7im Betrieb. Die Stillegungsraserei und der Quotenhandel hat ganze Gemeinden ruiniert. Aber mit Anklagen ist den Arbeitern nicht geholfen. Wir haben ihnen nach dem Masse unserer vollen Kraft Arbeitsgelegenheit und Lebensmöglichkeit gerettet.(Lebh. Beifall bei den Soz.)

Nach einigen weiteren Rednern wird in der achten Stunde die allgemeine Aussprache über den Bergetat beendet.-Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.Tagesordnung: Wahl des Vizepräsidenten,Finanzausgleich.